

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Fernruf:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frangobrief. 2. — vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausschließlich Schilling. — Bezugs-Beziehungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Vereinigte Druck- und Verlagsanstalt, in allen Teilen der Stadt: in Wiesbaden die Vereinigte Druck- und Verlagsanstalt und in den benachbarten Städten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Verleger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pfg. für lokale Anzeigen; 2 Pfg. für auswärtige Anzeigen. — Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Vereinbarung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Einzigste Annahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausg. bis 8 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Glinckestr. 66, Fernspr.: Amt 11444 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an pers. oder telegraph. Tagen und Abenden wird keine Gebühr erhoben.

Dienstag, 3. März 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 103. • 62. Jahrgang.

Das neue Luftverkehrs-Gesetz.

Von Major a. D. v. Thubi,
Direktor des Flugplatzes Johannisthal.

Was man lange Jahre in Luftschiffkreisen befürchtet hatte, ist nun, nachdem es der Verwirklichung nahe ist, mit Freuden zu begrüßen. Zahlreich waren früher die Vorurteile, bei denen sich der Mangel gesetzlicher Bestimmungen, welche die Luftfahrt betrafen, empfindlich fühlbar machte. Man muß aber zugestehen, daß der Mangel einer gesetzlichen Regelung auch sein Gutes hatte. Würde eine solche Regelung frühzeitig vorhanden gewesen sein, dann würde sicherlich die Entwicklung der Luftfahrt schwer darunter gelitten haben, denn dann wären aus Mangel an Erfahrungen sicherlich teilweise Bestimmungen aufgestellt worden, die den Bedürfnissen der Praxis nicht entsprochen hätten. Es ist sicherlich ein vernunftgemäßer Zustand, daß Reglement und Vorschriften immer erst entstehen, wenn ein lebhaftes Bedürfnis dazu sich längere Zeit bemerkbar gemacht hat. Von jeher hat man zuerst Soldaten ausgebildet und dann erst Reglements und Vorschriften verfaßt, nicht umgekehrt.

Drollig waren manchmal die Folgeerscheinungen der mangelnden Gesetzgebung. Ist es doch vorgekommen, daß man den Führer eines Luftballons haßbar machen wollte für den Diebstahl von Wäsche, der sich gelegentlich einer Ballonlandung dadurch ereignete, daß Wäscherinnen ihre Wäsche einfach stehen ließen, um sich den gelandeten Ballon aus der Nähe anzusehen. Nach einer Landung bei einer kleinen Stadt an der Elbe erlebte ich es, daß ein überreifer Amtsrichter zwei Reute bestrafen wollte, deren Mitwirkung ich mit Erfolg in Anspruch genommen hatte, um großen Flurschaden bei der Landung vorzubeugen, im besonderen, um den Ballon auf eine Stelle zu bringen, auf der die zu vielen Hunderten heraneilenden Zuschauer keinen Schaden machen konnten. Um dieses zu erreichen, mußten die zwei Reute bestelltes Feld betreten. Dafür sollten sie nun strafrechtlich verfolgt werden. Jener Amtsrichter würde wohl gern auch den Ballonführer belangt haben, aber leider war es eine militärische Fahrt, um die es sich handelte und das Militär ist ja nun einmal berechtigt, Flurschaden anzurichten. Zivilpersonen in dessen Brauch ein Eigentümern das Betreten seines Grundstücks nicht zu gestatten. Wo sollte nun der arme Zivil-Luftfahrer landen? Tatsächlich hatte er nur ein Recht, auf öffentlichen Straßen und Plätzen niederzulegen. Bei einer internationalen Konferenz wandte sich denn auch der deutsche juristische Vertreter des Luftfahrer-Verbandes dagegen, als man beschließen wollte, daß der Luftverkehr frei sei. Er war formell sicherlich im Recht, wenn er sagte: „Wie können wir Ausländern das Recht der Landung zubilligen, wenn wir selbst kein Recht auf Landung haben.“

Es leuchtet für die Vorrichtung unserer Luftschiffe, wenn in der Praxis sich aus dem Mangel einer Gesetzgebung keine großen Unzulänglichkeiten ergaben. Durch die Entwicklung des Flugzeuges wurde aber der Mangel wesentlich fühlbarer. Die Zahl der Luftfahrten vermehrte sich gewaltig und es ereigneten sich nach und nach eine Reihe von Fällen, die eine gesetzliche Regelung dringlich machten. In einer westdeutschen Stadt veranlaßte ein bei einer Flugveranstaltung innerhalb der Absperrung des Flugfeldes etwas plötzlich landendes

Flugzeug eine Reihe von nahestehenden Zaungästen zu schleuniger Flucht. Dabei erlitten einige Beschädigungen, auf Grund deren sie den Veranstalter jener Flüge haßbar machen wollten. Glücklicherweise hatten sie mit ihrer Klage keinen Erfolg. Wohin hätte es geführt, wenn man zugeben wollte, daß der Veranstalter von Flügen in einem nach außen nicht begrenzten und nicht zu begrenzenden Gebiet, ohne daß ihm ein Verschulden nachgewiesen wird, haßbar sein würde. Ähnliches ereignete sich erst unlängst gelegentlich der Regodubler in Johannisthal. Im weiten Umkreise um den Flugplatz hatten die (der Flugplatzleitung sehr unerwünschten) Zaungäste Flurschaden angerichtet. Nun wollten nicht nur Private, sondern sogar Behörden die Flugplatzgesellschaft verantwortlich machen für den Schaden, den Zaungäste, d. h. überhaupt solche Personen, die durch das Luftschiffspiel angelockt wurden, verursachten. Man sagte: „Wenn die Flüge nicht stattgefunden hätten, dann würden auch die Menschenmassen nicht zugeströmt sein, also verschuldet der Veranstalter den von jenen Massen gemachten Schaden.“ Es bedarf wohl keiner Erörterung, wie verfehlt diese Beweisführung ist. Gerade in dieser Beziehung muß dem neuen Luftverkehrsgesetz zugestimmt werden. Die Zahl derjenigen war nicht gering, welche ohne Rücksicht auf die Frage des Verschuldens verlangten, daß der Luftfahrer für von ihm angerichteten Schaden unter allen Umständen haßbar zu machen sei. Auch die Meinung der Juristen war in dieser Frage sehr verschieden. Auherte sich doch erst unlängst auf einem juristischen internationalen Kongreß ein sachverständiger Jurist dahin, daß man den Luftschiffführer dafür verantwortlich machen müsse, wenn einer seiner Passagiere durch eine herabgeworfene Bombe einen Schaden anrichten würde. Dagegen sträubt sich natürlich der gesunde Menschenverstand.

Im Herbst 1912 erließ Bayern wohl als einziger deutscher Staat Verfügungen, deren Befolgung für die Luftfahrt eine Erdrosselung bedeuten würde. Es ist mir nicht bekannt geworden, daß jene Verfügungen etwa aufgehoben wurden, nachdem ihre Undurchführbarkeit erwiesen war, sie werden aber einfach nicht angewendet. Die schlimmste Bestimmung jener Verfügung war, daß die Erlaubnis zu einer Luftfahrt-Veranstaltung von dem Nachweis abhängig gemacht werden sollte, daß der Unternehmer oder die Flieger die zivilrechtliche Haftung für die durch die Veranstaltung hervorgerufenen Verletzungen von Personen und Beschädigungen von Sachen übernehmen, d. h. natürlich jede Haftpflichtversicherung unmöglich machen. Welche Versicherungsgesellschaft würde sich wohl auf die Bedingung einlassen, ganz ohne Rücksicht auf ein Verschulden eine Entschädigungspflicht anzuerkennen.

Während ich im allgemeinen allen Paragrafen des Luftverkehrsgesetzes nur zustimmen kann, erregt der § 13 in mir einige Bedenken. Dieser Paragraph handelt von dem Erlaß besonderer Anordnungen zur Ausführung der Vorschriften über Prüfungen, Zulassung, Kennzeichnung, Verkehr auf Flugplätzen usw. und sieht vor, daß der Bundesrat den Erlaß besonderer Anordnungen anderen Behörden übertragen kann und daß mangels besonderer Anordnungen solche von den Landeszentral-Behörden ausgegeben werden können. Das hat seine schweren Bedenken, denn es kann sich ereignen, daß z. B. in Leipzig für den Verkehr auf dem

Flugplatz andere Polizeibestimmungen erlassen werden wie in Johannisthal. Der Nachteil hiervon liegt auf der Hand. Es ist auch wohl kaum denkbar, daß in Mecklenburg andere Bestimmungen für Signierung der Flugzeuge gegeben werden wie in Preußen. Gerade diese Signierung aber bedeutet einen wichtigen Faktor in der Regelung des Luftverkehrs. Bis jetzt bestanden eine Reihe von Verboten, die eine Signierung der Flugzeuge hätten zur Voraussetzung haben müssen — z. B. das Verbot des Überfliegens von Festungen — damit der Schuldige auch zur Rechenschaft gezogen werden konnte. Die Signierung muß sogar nicht nur national, d. h. in ganz Deutschland gleichmäßig geregelt werden, sondern müßte am besten in internationalem Einvernehmen erfolgen. Denn wenn auch jetzt noch der Luftverkehr über die Grenze spärlich ist, so ist damit zu rechnen, daß er in Bälde ein sehr viel lebhafterer werden wird.

Es ist nicht erwünscht, daß auf einem Flugplatz etwa generell erlaubt ist, was auf dem anderen verboten ist. In Bayern hatte jene oben erwähnte und für bedauerliche erklärte Verfügung des Jahres 1912 bereits die Vorschrift enthalten:

„Strenge ist darauf zu achten, daß sich innerhalb der Absperrungslinie unter keinen Umständen andere Personen aufhalten als diejenigen, die nach dem Gutachten der oben erwähnten Kommission von der Polizeibehörde die Erlaubnis hierzu erhalten haben.“

In anderen Bundesstaaten gab es solche dankenswerten Verordnungen bis jetzt wohl nicht. Allerdings ließ man den Veranstaltern polizeiliche Hilfe bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zuteil werden. Aber erst vor wenigen Tagen erklärten Gendarmen auf einem großen Flugplatz, daß sie nicht berechtigt seien, die Zuschauer, die über Zäune kletterten, um ihre Neugier zu befriedigen und sich an abgestürzte Flugzeuge zu begeben, daran zu hindern. Es bestände keine bezügliche Polizeivorschrift.

Ich hoffe, daß der Bundesrat keinen Gebrauch davon macht, den Erlaß der Anordnungen zum § 13 anderen Behörden zu übertragen, sondern daß er seinerseits alle Anordnungen erläßt, damit sie in Deutschland einheitliche werden.

Wie sich die Kontrolle des Luftverkehrs vollziehen wird, und wie die Organe zu seiner Überwachung beschaffen sein werden, läßt sich schwer voraussagen. Bisher nahm sich der Kontrolle des Luftverkehrs der Deutsche Luftfahrer-Verband an, ohne daß ihm ein Mandat hierzu erteilt gewesen wäre. Durch Bestimmungen aus dem Jahre 1910 waren ihm lediglich bestimmte Funktionen, im besonderen die Ausstellung von Führerzeugnissen, übertragen worden. Wenn nun gesetzliche Bestimmungen, z. B. über Abnahme der Flugzeuge, Luftschiffe usw. erlassen werden, dann muß auch bestimmt werden, wessen Obliegenheit die Abnahme-Kontrolle usw. ist. Zurzeit hat sicherlich der Deutsche Luftfahrer-Verband keine Organe, die dazu geeignet wären. Ob es zweckmäßig ist, solche Organe dem Deutschen Luftfahrer-Verbande anzuschließen oder besondere selbständige Stellen für die Beaufsichtigung der Luftfahrt zu schaffen, soll hier nicht erörtert werden. Es ist anzunehmen, daß der Deutsche Luftfahrer-Verband selbst zu dieser Frage von den Behörden gehört werden wird. Jedenfalls muß gerade diese Frage beim Inkrafttreten des neuen Luftverkehrsgesetzes gelöst sein.

Die Fahrt zur blauen Küste.

Von Erich Röhrer.

Der Geschmack der Menschen ist wandelbar. Neue Vergnügungen, neue Sensationen, neue Ziele, neue Moden drängen immer wieder die alten, und das unerfüllte Streben nach Abwechslung drängt stets nach neuen Entdeckungen. Lange Zeit hindurch galt es als höchster Genuß, die Wintermonate unter der warmen Sonne des Südens zuzubringen, soweit sie über den nördlichen Ufern des Mittelmeeres leuchtete. Dann kamen einige führende Persönlichkeiten der großen Welt dahinter, daß Italien viel zu populär und von Reisenden überfüllt geworden sei. Die einen zog der Kontrast an, und sie suchten die Schneefelder von St. Moritz auf, die anderen zog es in den Schatten der Pyramiden und der südlichen Wüste von Marokko. Aber alle diese modernen Reisenden haben doch nicht vermocht, dem alten Zauber Abbruch zu tun, der von dem Worte Côte d'Azur — so nennt der Franzose die azurblauen Gesteine des Mittelmeers — ausgeht, und der noch immer im Frühjahr Tausende an die Gesteine des Mittelmeeres lockt. In den drei ersten Monaten des Jahres ist die Riviera nahezu eine deutsche Kolonie zu nennen, und besonders von Nizza bis Genua wird man enttäuscht, wenn man hofft, seine Sprachkenntnisse erweitern zu können.

Man merkt das ja schon ein wenig auf der Fahrt, selbst wenn man den Weg über Paris nimmt. Diese Strecke bedeutet wohl einen Umweg, aber wenn man sich erst dem Zauber von Paris entzogen und den Platz im Côte d'Azur-Rapid

der P. L. M. (Paris-Lyon-Méditerranée) gesichert hat, tritt man eine Fahrt an, die man so leicht nicht vergißt. Ich habe zwischen Nizza und Karoli manche Eisenbahn und manchen Zug kennen gelernt, aber mit Ausnahme des Lappland-Express ist mir keine Fahrt in so angenehmer Erinnerung geblieben wie die mit dem wundervollen Zügen der P. L. M. Freilich ist der Mittelmeer-Express in der Saison fast zu Tage hinaus ausverkauft, aber auch die Fahrt in einem der gewöhnlichen Schnellzüge dieser Strecke ist von einer herrlichen Bequemlichkeit. Die Schnelligkeit, mit der die Züge gegen Süden eilen, jagt dem deutschen Reisenden zuerst geländes Glauben ein, aber er gewöhnt sich sehr bald daran, Frankreichs segensreiche Fluren wie in einem Wandelparadise mit Blickschnellen an seinem Auge vorüberzuleiten zu sehen. Aber Dijon, wo der Reisende beim flüchtigen Aufenthalt leicht auf entzückende kleine Vögel hereinfällt, die mit Marmelade gefüllt erscheinen, sich aber nachher als Sensationspuppen, über Mâcon, wo man sich die erste Flasche Bordeaux kauft, gelangt man nach Lyon. Von Lyon aus ist der Strom der deutschen Reisenden besonders bemerkbar. Denn hier gesellen sich uns die Waggons mit den Besuchern der Riviera, die der Lloyd-Express aus allen Teilen des Nordens gesammelt hat, soweit sie nicht die Fahrt mit dem Express durch bis Genua vorziehen. Noch schönere Fahrtverbindung freilich bieten die Dampfer des Lloyd, die Reichspostdampfer, die alle 14 Tage von Bremen oder Hamburg aus Spanien herum fahren und, da die große Menge der Ostasien- und Australiensfahrer meist erst in Genua an Bord geht, bis dorthin in die schönsten Kabinen laden; oder die besonderen Vergnügungsdampfer, die unterwegs zwischen Norden und Süden

alles Schöne und Verlockende ihren Gästen zeigen. Sie landen in Marseille oder Genua und ermöglichen dem Besucher, von hier aus sich zu den Gärten zu stellen, die von Lyon an der Rhone entlang im D-Zug der P. L. M. in das Herz der Côte d'Azur fahren.

Jeder einzelne Name, der vor uns aufsteht, deckt eine Fülle von Schönheit. Das Meer ändert hier immer wieder das Bild. Bei Hyères schäumt es noch ruhig und wild um die zackigen Klippen, die sich vom Ufer in die Fluten vorwagen. Aber schon bei Cannes, dem berühmten Ritz-Resort der russischen Großfürsten, träumt es sanft unter dem lichten Himmel. Cannes ist, so möchte man sagen, der Villenort des eigentlichen Riviera-Lebens. Hier gibt es nicht das lärmende Gesellschaftsleben Nizzas und Monte Carlos, hier lebt man ruhiger in stiller Zurückgezogenheit. Sobald man sich Nizza nähert, spürt man den Trubel der Großstadt. In weitem Halbkreis umschließen die Ausläufer der Seealpen die heitere Stadt, in deren Hafen sich die schmutzigen Zuchten amerikanischer Dockschiffe scharen. Hinter Nizza überschüttet selbst die Bahnfahrt uns mit dem Zauber der „blauen Küste“. Zwischen gewaltigen Palmen und grünen Zitronenbäumen, schimmernden Reflektoren und gelben Zitronenblüten geht die Bahntrasse immer in Windungen, durch zahlreiche Tunnel dem Ufer folgend. Märchenhaft sind die Ausblicke, die sich plötzlich eröffnen, wenn der Zug einen Tunnel verläßt. Eschen war man noch im Dunkel und steht jetzt Villefranche, den französischen Kriegerhafen, mit weißblendenden Häusern, die um eine enge Bucht schmiegen, deren stille Bäume die Silberblätter der Oliven frängen.

Noch schöner sind die Ausblicke, wenn man auf der Dand-

Deutsches Reich.

* Die Ministerbegegnung in München. Der bayerische Ministerpräsident Graf Hertling hat Montagvormittag im Ministerium den österreichisch-ungarischen Minister des Äußern, Grafen Berchtold, empfangen. Mittags wurde der Graf vom Kronprinzen und später in der Residenz durch das Königspaar begrüßt. Abends fand zu seinen Ehren Hofjagd statt.

* Die preussische Staatsschuld 1912/13. Nach dem dem Landtag zugegangenen 65. Bericht der Staatsschuldenkommission über die Verwaltung des Staatsschuldenwesens betrug die preussische Staatsschuld am 31. März 1912 9 866 881 595 M. (gegen 9 879 552 596 M. am 31. März 1911). An laufenden und rückständigen Zinsen waren im Etatsjahr 1912 350 066 403 M. zu zahlen. Zu der Staatsschuld, die am 31. März 1912 vorhanden war, traten im Etatsjahr 1912 hinzu: durch Voreinzahlung gemäß § 2 des preussischen Staatsschuldenbuchgesetzes begründete Staatsschuldenbuchforderungen in Höhe von 71 545 550 M. (darunter 71 536 000 M. bei der 4proz. konsolidierten Anleihe), 4proz. Schatzanweisungen über 800 000 000 M. und unverzinsliche, auf Grund von Anleihegesetzen ausgegebene Schatzanweisungen über 173 600 000 M., zusammen mithin 845 145 550 M. (im Etatsjahr 1911 802 165 000 M.); das sind 275 685 854 M. (im Vorjahr 488 823 008 M.) mehr als durch Tilgung usw. in Abgang gekommen sind. Im diese 275 685 854 M. hat also die preussische Staatsschuld im Etatsjahr 1912 zugenommen, so daß sie am 31. März 1913 10 142 067 449 M. betrug.

* Für das Salvarsan. Hinsichtlich der Angriffe, die in der letzten Zeit auf das Syphilisheilmittel Salvarsan unternommen wurden, hat der bekannte Breslauer Syphilologe Geheimrat Reicher unlängst, wie wir mitteilen, im „Breslauer Generalanzeiger“ bemerkenswerte Ausführungen gemacht, in denen er seiner Überzeugung dahin Ausdruck gab, daß es ein gewaltiger Rückschritt in der Bekämpfung der Syphilis als Volksseuche sein würde, wenn das Salvarsan aus der Behandlung der Syphilis wieder ausgeschaltet würde. Das Salvarsan sei ein eminenter Fortschritt für die Behandlung der Syphilis und damit auch für die Bekämpfung der Syphilis als Volkskrankheit. Wenn man mit Recht die Syphilis als Geißel der Menschheit bezeichnet, so dürfen wir auch Ehrlich einen Wohltäter der Menschheit nennen. Diesem Protest gegen die Angriffe auf das Salvarsan hat sich eine große Anzahl von Direktoren von Universitätskliniken sowie Leitern von städtischen Krankenhäusern und Ärzten angeschlossen. Es sind dies u. a. die Herren: Altman (Frankfurt a. M.), Beckmann (Heidelberg), Czerny (Heidelberg), Gutmann (Wiesbaden), Herzheimer (Frankfurt a. M.), Hoehne (Frankfurt a. M.), Hübner (Marburg), E. Hoffmann (Worms), Jekel (Wien), Stinzing (Jena), Zinsser (Köln), Bender (Wiesbaden), Doctor (Frankfurt a. M.), Epstein (Breslau), Fendt (Wiesbaden), Juliusberg (Frankfurt a. M.), Jul. Kohn (Frankfurt a. M.), Krieh Leffer (Berlin), Professor Kobl (Wien), Pinner (Frankfurt a. M.), Sack (Heidelberg), Salomon (Koblenz), Schäff (Frankfurt am Main), Professor Toulon (Wiesbaden), Eder (Frankfurt a. M.), Kaufmann (Frankfurt a. M.).

* Die „moralische“ Qualifikation zum Einjährig. Herr Walter Stöcker in Köln, dem die Verechtigung zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst wegen seiner sozialdemokratischen Agitation abgesprochen worden ist, versichert der „Köln. Ztg.“, daß er niemals weder wegen seiner agitatorischen Tätigkeit noch in seinem Privatleben auch nur mit der geringsten politischen oder gerichtlichen Strafe belegt worden sei. Die „Dresdener Volksztg.“ teilt übrigens mit, daß Stöcker bei der Aushebung dem Landsturm ohne Waffe zugewiesen wurde, so daß er überhaupt nicht zu dienen braucht. Auch der Sohn des bekannten Sozialdemokraten Düwelle, dem gleichfalls die Verechtigung zum Einjährigendienst entzogen worden war, hat nicht zu dienen brauchen.

* Der Geburtentilgung. Die Gesellschaft für Geburtshilfe und Gynäkologie zu Berlin hat auf Antrag des Sanitätsrats Schaeffer eine Kommission gewählt, die zu dem im Reichstag eingebrachten Gesetzentwurf „über den Verkehr mit Mitteln zur Verhinderung von Geburten“ Stellung nehmen und formulierte Vorschläge ausarbeiten soll.

* Steuererlass für Gerhart Hauptmann. Die Gemeindevertretung von Agnetendorf beschloß nach dem „Niederschles. Anz.“ in ihrer letzten Sitzung, dem Dichter Gerhart Hauptmann auch im neuen Etatsjahr die Hälfte der Gemeindeeinkommensteuer zu erlassen, da er zeitweise im Ausland Wohnung nimmt. Das genannte Blatt bemerkt hierzu: „Von dem Gesichtspunkt aus gesehen, daß die Gemeinde Agnetendorf Gerhart Hauptmann weiter festhalten will, mag der Beschluß erklärlich erscheinen, eine Guldigung bedeutet

irgendein halber Höhe der Berge dahinschwebt. Immer neue Panoramen reihen sich aneinander, neue Bilder rollen sich in unendlicher Reihenfolge auf. Durch die Äste einer Olive wächelt mit einnehmendem das trostlose Felsenmeer in den lichten Ästen empor, das der Hügel von Monaco bewohnt. Daneben streckt sich der stahlblaue Bau des Ozeanmuseums, das der fabelhaften Fächer errichtet hat. Oder man steht an einer Wegbiegung die herrlichen Parks von Cap Martin, zwischen denen die Villa Chynas der Kaiserin Eugénie liegt, sich weit ins Meer vorstreckt, dessen weitestgehende Brandung einen reizvollen Rahmen für die Blütenpracht des Landes gibt, und hat dann den verbindenden Mittelpunkt der beiden riesigen Halbinseln vor sich, deren westlicher bis zu dem hellblauen Meer das idyllische Mentone bis zur italienischen Grenze und darüber hinaus sich zieht. Und müde vom Wandern steigt man dann hinauf zu den Bänken auf den Seepromenaden oder in den „Jardins publics“, deren vornehmste Palmenhaine besonders in Mentone und Monte Carlo zur Ruhe einladen. Zwischen den Blumenbeeten in Monte Carlo herrscht rastloses Leben. Denn sie umfassen den Ausgang zum Mittelpunkt des ganzen Treibens an diesem wunderschönen Fleckchen Erde, zum Kasino, dem Heim des Spiels.

Wer von der Riviera zurückkommt, wird von den guten Freunden bestimmt noch zwei Dingen gefragt, nach dem Karneval und nach dem Spielkaal. Der Karneval hat seine eigenen Reize. Ihm fehlt völlig der gemütliche Familienhumor des Rheinlandes. Er ist freier in jeder Hinsicht. Man erlebt auf der Straße und auf den Bällen Szenen von einer so unverhüllten Grotesk, daß jedes polizeilich gut dressierte Preußenherz sich entsetzt. Im Spielkaal ist diese Grotesk meist in die grotesksten und amüsantesten Formen gekleidet, auf

das Geschehen für den Dichter bestimmt nicht, und es ist auch kaum anzunehmen, daß diejenigen Einwohner von Agnetendorf, denen das Steuernutzen schwer fällt, damit voll und ganz einverstanden sein werden. Man darf gespannt sein, ob Gerhart Hauptmann das Geschenk annehmen wird.“

Darstellungstextes.

Eine kurze Anfrage wegen des Stellenvermittlergesetzes. Der nationalliberale Abg. Reinath hat folgende Anfrage Nr. 184 im Reichstag eingebracht: „Infolge auseinandergehender Entscheidungen höchstgerichtlicher Instanzen wird der § 3 Abs. 1 des Stellenvermittlergesetzes vom 2. Juni 1910 in den verschiedenen Bundesstaaten ungleichmäßig gehandhabt. Der § 9 des genannten Gesetzes bedroht die Übertretung des § 3 Abs. 1 mit der Entziehung der Konzession. Was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um diese das Stellenvermittlungsgebetz naturgemäß schwer beunruhigende Rechtsunsicherheit zu beseitigen? Ich begnüge mich mit einer schriftlichen Antwort.“

Ein freikonservativer Antrag, betreffend den Ausgleich der Schulkassen. Die freikonservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat zur zweiten Lesung des Kultusausschusses die Regierung den Antrag gestellt, bei den zwischen den beteiligten Ressorts schwebenden Erörterungen über den Ausgleich der Schul- und anderen gemeindlichen Lasten auf die Übertragung der persönlichen Volksschulkassen oder doch ihres größten Teils auf breitere Schultern Bedacht zu nehmen.

Ein nationalliberaler Antrag, betreffend das königliche Opernhaus in Berlin. Die nationalliberale Fraktion des Abgeordnetenhauses beantragte die vorläufige Richtbewilligung des königlichen Opernhauses in Berlin. Sie stellt zu dem Bauhaushaltsplan den Antrag, den ersten Teilbetrag von 500 000 M. für den Opernhausneubau abzugeben und die Staatsregierung zu ersuchen, in beschleunigter Weise den vorgelegten Bauplan der königlichen Akademie des Bauwesens zur Abgabe eines Urteils zu unterbreiten und im Falle der Gutheißung durch die Akademie auf dem Wege des Nachkredits einen ersten Teilbetrag für den Neubau von neuem anzufordern.

Heer und Flotte.

Ein bayerischer Erlass gegen Soldatenmißhandlungen. Der bayerische Kriegsminister hat einen Erlass an die militärischen Behörden gerichtet, worin das strengste Einschreiten gegen alle Fälle von Soldatenmißhandlungen oder unvorschriftsmäßige Behandlung gefordert wird. Der Kriegsminister erklärt, daß er mit unachtsichtlicher Strenge gegen jeden Offizier einschreiten werde, welchen durch nachlässige Behandlung der Dienstvorschriften eine Mitschuld an einer unwürdigen Behandlung von Mannschaften trifft.

Post und Eisenbahn.

Reisegepäck und Eisenbahn. In der Behandlung des Reisegepäcks steht auf den deutschen Eisenbahnen eine Änderung bevor. Die Ausführungsbestimmung 1 zu § 32 der Verkehrsordnung soll die folgende erweiterte Fassung erhalten: „Reisegepäck wird zu den Säcken des Gepäcktarifs nach solchen Stationen angenommen, nach denen die vorgelegten Fahrkarten gelten. Weiterhin nach einer Station Fahrpreise über mehrere Wege, so ist das Gepäck auf Antrag auch über einen Weg abzugeben, über den die Fahrkarte nicht gilt.“ Des Weiteren wird bestimmt, daß Reisegepäck nach einer über die Bestimmungsstation der vorgelegten Fahrkarte hinaus gelegenen Station auch dann angenommen werden darf, wenn zwar durchgehende Fahrkarten hinaus nach dieser Station, aber nicht über den von dem Reisenden benutzten Wege erhältlich sind.

Ausland.

Frankreich.

Vom Schiffsmaschinenstreik. Paris, 1. März. Wie aus Marseille gemeldet wird, faßten die Maschinenoberleute aller Schiffsahrtsgesellschaften einen Beschlusstrakt, in welchem sie erklärten, falls die streikenden Maschinenoberleute auf irgendwelchen Schiffen durch Offiziere oder technische Beamte der Kriegsmarine ersetzt werden sollten, die Maschinenoberleute aller anderen Gesellschaften sofort den Dienst einstellen würden.

Rußland.

Graufige Gefängnisenttarnungen. Petersburg, 28. Febr. In Saratow fand ein Gerichtsprozeß gegen 47 zur Zwangsarbeit verurteilte Sträflinge statt, weil sie im Gefängnis einen Fluchtversuch unternommen hatten. Die Sträflinge sagten aus, daß sie den Fluchtversuch unternahmen wollten, um entweder zu entkommen oder unterwegs erschossen zu werden, damit

der Strafe artet sie oft in widerlichste Gemeinheit aus. Nicht weniger auffallend ist die Freiheit der Satire, wie sie in den öffentlichen Anzeigen zutage tritt. Der glänzende Wit der Südfrenzen fällt da mit einer grausamen Unerbittlichkeit über die heiligen Wälder der Nation her und versteht es, ihre Schwächen hinreichend komisch zu verurteilen. Am sympathischsten tritt der Karneval in den kleineren Orten in Erscheinung. Alle Schwere der Lebensauffassung, alle trüben Gedanken gleiten ab, wenn eine große Frauenhand uns mit Blumen überschüttet, wenn die Konfettiplättchen die Straßen mit einem weichen Teppich bedecken, wenn ein glitzendes, obgleich fast geschminktes Mädchen Beständigung suchend fragt: „Bist du deutsch?“ oder wenn gar ein paar übermütige Kolombinen den verdubelten Fremdling mit einem kräftigen Schwung in den Wagen hinein und mitten in den Konfettifloß heben, um ihn davon zu führen, indes die verdubelte Gattin unter dem Blumen- und Konfettihaar der frohlichen Zuschauer einfach zurückbleibt. Weniger harmlos ist das Spiel. Allerdings so biadilisch, wie die Romantiker den Eindruck der Spielfälle zu schildern lieben, ist es nicht. Man sieht höchstens in ein paar kleineren Spielfällen die Leute, die mit wahrer oder erdender Gleichgültigkeit Schein auf Schein setzen. In den Hauptkassen wird zwar und wieder durchgängig mit bescheidenen Hünfrankenspielen gespielt, und ich glaube, daß bei gewissen Pokerpartien nach einem gemühtlichen Herrendinner im Berliner Westen mehr gewonnen oder verloren wird, als an manchem Tisch in Monte Carlo. Was diesen Tischen ihren Reiz gibt, ist die schwüle Atmosphäre, die sie durchdringt. Und man erlebt auch hier und da Sensationen nicht alltäglicher Natur.

Derselbe Monumentalbau, der über der milden Bläue der Ducht von Monte Carlo dieses sogenannte Reich des

sie den entsetzlichen Zuständen im Gefängnis entgingen. Man hat die Zellen mit Gefangenen überfüllt, so daß sie eine erstickende Luft haben atmen müssen. Von der spärlichen Nahrung ist niemand satt geworden. Neunzig Prozent der Gefangenen sind an der Schwindsucht gestorben. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagte frei.

Rumänische Deserteure. Kischinew, 28. Febr. Täglich flüchten rumänische Soldaten in großen Massen nach Bessarabien und erklären, daß sie es vor Hunger und Mißhandlungen im rumänischen Heer nicht mehr aushalten können. Die Deserteure machen sich in Gruppen auf die Reise nach dem Gouvernement Astrachan auf, wo sie sich niederlassen wollen. (Dies ist wohl eine russische Tendenzmeldung. Schriftl.)

Balkanstaaten.

Beworbenende Abreise des russischen Gesandten in Bukarest. Bukarest, 1. März. Die bisherige Feststellung der hiesigen Polizei in Angelegenheit der Debreziner Dynamitexplosion hat den hiesigen russischen Gesandten derart kompromittiert, daß man dessen baldige Abreise erwartet.

Griechische Freischaren im albanischen Epirus. Rom, 2. März. Der „Corriere di Bari“ erzählt aus Raiona, daß die griechischen Freischaren die Zahl von 18 000 erreicht haben und in drei Kolonnen geteilt rapid vortrücken, um den ganzen albanischen Epirus einzuführen und zu okkupieren. Die mit der Abwehr des überfalls betrauten albanischen Streitkräfte sind numerisch viel geringer. Zwei Divisionen der Epirusmannschaft sind bereits bis zur Mündung des Schumbi-Flusses angeblich vorgezogen.

Vereinigte Staaten.

Sturm von Arbeitslosen auf eine Kirche. New York, 2. März. Etwa 1000 Arbeitslose versuchten gestern die Tabernakelfirche zu stürmen, in der sie die Nacht über schlafen wollten. Als bereits eine größere Anzahl eingedrungen war, flüchteten die Besucher des im Augenblick stattfindenden Gottesdienstes entsetzt auf die Kanzel zum Priester, da sie an einen Apachenüberfall glaubten. Vergeblich versuchte der Priester, die Eindringlinge zu überzeugen, daß eine Kirche kein Nachtasyl sei. Nachdem es gelungen war, das Tor zu verschließen, wollten die draußen harrenden Arbeitslosen dasselbe eindrücken. Rechtzeitig erschien die Polizei, welche die Menge zerstreute. — Nach der letzten Statistik wurden in New York 3000 Arbeitslose gezählt. Die Not unter der armen Bevölkerung der Riesenstadt ist außergewöhnlich groß. Die Regierung beabsichtigt im Parlament eine Vorlage einzubringen, die der Not abhelfen soll.

Südamerika.

Ein Besuch der atlantischen Division in Argentinien. Im Seebad Mar del Plata (Argentinien) sieht man mit lebhafter Erwartung der Ankunft des deutschen Geschwaders entgegen, die heute, am 3. März, erfolgen soll. Der deutsche Gesandte Freiherr v. dem Bussche-Gaddenhausen und der militärische Hauptmann von Schöben begaben sich gestern nach Mar del Plata, um das Geschwader zu empfangen. Auch ein argentinisches Geschwader traf am 2. März zum Empfang dort ein. Nach der Ankunft des deutschen Geschwaders wird ein Empfang im Ocean-Klub und später ein Frühstück sein, das von der Stadtverwaltung gegeben wird. Am Abend gibt der deutsche Gesandte ein Mahl, dem ein Ball im Klub von Mar del Plata folgen wird.

Luftfahrt.

Ein Flug über den Atlantischen Ozean. Paris, 2. März. Wie der „Excelsion“ meldet, beabsichtigt der französische Aviatiker Garros im Sommer nächsten Jahres einen Flug über den Atlantischen Ozean zu unternehmen. Der Flieger ist augenblicklich damit beschäftigt, sehr starke Motoren auszuprobieren, mit denen er einen erfolgreichen Flug unternehmen kann. Der Flieger will nur dann von der Ausführung seines kühnen Plans absehen, wenn bis dahin ein anderer Flieger das Wagnis unternommen hat.

Eine neue Fliegerhöchstleistung. Chartres, 2. März. Der Flieger Garin hat mit drei Passagieren 3300 Meter Höhe erreicht und damit eine neue Höchstleistung aufgestellt.

Tödlicher Unfall zweier argentinischer Flieger. Buenos Aires, 2. März. Der argentinische Flieger Rembers, der bereits mehrere Rekordflüge ausgeführt hatte, ist gestern in den Cordilleren tödlich verunglückt. Sein Fluggast wurde schwer verletzt.

Teufels blüht, und von dessen Terrassen man einen beglückenden Blick über die Küste der Riviera bis nach Bordighera genießt, enthält eine Heimstätte der Kunst, in der erhebliche Teile der Spielerrträge höchsten Aufgaben gepflegt werden. Nur ein Unternehmen, das sein Theater nicht Geldquelle sein sollte, konnte sich den Luxus gestatten, ein Theater so auszugestatten, wie es im Kasino in Monte Carlo geschehen ist. Die Sätze spannen sich amphitheatralisch in sehr starker Steigung durch den Raum, an der Rückwand nur von einigen Logen gekrönt. In der Breite der Sätze wie der Gänge herrscht eine bewundernswürdige Raumverschwendung. Auf dieser Bühne, vor der man von vornherein in eine behagliche lustempfangliche Stimmung versetzt wird, finden während dreier Monate jeden Donnerstag klassische Konzerte und drei bis viermal wöchentlich Opernvorstellungen statt, die Weltruf erlangt haben. Im Grunde erscheint es märchenhaft, daß die Vorstellungen dieses Theaters oft für Wochen ausverkauft sind. Denn lockt nicht drauhen die herrliche Natur zum herrlichen Aufenthalt? Welche Fälle von schönen Ausflügen eröffnen die beiden Strahlen, die die Küste begleiten, die untere und die obere Corniche, von denen die eine zwischen den Palmen im Tal am Meer entlang gebahnt ist, die obere auf halber Bergeshöhe zwischen den Obäumen und der Blütenpracht der Zitronenbäume dahinführt? Von Mentone aus, dem ersten französischen Ort an der italienischen Grenze, steigt man durch ein Meer von Blüten Bergen zu dem bescheidenen Cassin am Weg, das den stolzen Namen des Freiheitkämpfers Garibaldi trägt. Auf der Terrasse, die von Maulbeerbäumen umspannt ist, ruht man bei einem Glase schäumenden Urus aus. So erglänzt vor uns das herrlichste Bild, Sonne und Leben, Freude und Schönheit, kurz in einem Wort, die Côte d'Azur.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Soll die Süddeutsche in Wiesbaden bleiben?

Mit dem 15. November 1913 ist es der Stadtgemeinde Wiesbaden möglich, nach vorheriger einjähriger Auffündigung die meisten Straßenbahnenlinien in Wiesbaden zu erwerben und dann den Betrieb selbst zu übernehmen. Also in reichlich 1 1/2 Jahren müssen die städtischen Körperschaften sich über den Erwerb oder Nichterwerb der Wiesbadener Straßenbahnen schlüssig gemacht haben. Aus dem Vertrag der Stadtgemeinde Wiesbaden mit der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft sei folgendes wörtlich mitgeteilt:

„Die Stadtgemeinde Wiesbaden hat das Recht, die Linien der Wiesbadener Straßenbahnen, mit Ausnahme der Linien von Wiesbaden nach Mainz und Erbenheim sowie von Mainz nach Schierstein, nach vorheriger einjähriger Auffündigung, indessen nicht vor dem 15. November 1916, zu übernehmen. Als Aufkaufspreis ist das 25fache, bei einer Linie das 20fache des Durchschnittsertrags der letzten drei Jahre, mindestens aber das Anlagekapital der betreffenden Linie, abzüglich einer vom 1. April 1899 ab zu rechnenden jährlichen Amortisationsquote von 1/2 Prozent des Anlagekapitals, zu zahlen. Das gleiche Recht steht der Stadt Wiesbaden hinsichtlich der Linie Wiesbaden-Wiehrich innerhalb ihrer Gemeindeförderung zu.“

Es war, so viel wir uns erinnern, im Jahre 1898, als schon einmal Magistrat und Stadtverordnete sich mit der Erwerbung und dem Ausbau der Wiesbadener Straßenbahnen befaßten; damals wurde hauptsächlich auf Anraten des verstorbenen Justizrats Verges von dem Ankauf der Straßenbahnen durch die Stadt abgesehen. Heute, oder besser, am 15. November 1916, kosten die dann künftigen Straßenbahnen Geld, und zwar viel Geld, wie viel, kann man nach den zitierten Rückstellungsbedingungen ungefähr ausrechnen, wenn man weiß, daß von allen Wiesbadener, Wiehricher und Schiersteiner Straßen, einschließlich der Linie Nr. 6 nach Mainz, der „Süddeutschen“ für 1910/11 nach Abzug der Rücklagen zu dem Erneuerungs-, Reservefonds, der Eisenbahnsteuer und der konzeptions- und vertragmäßigen Abgaben an die hiesige Regierung und an Gemeinden ein Reinertrag von 530 001 M. 45 Pf. übrig geblieben ist.

So wie der Betrieb heute auf den Wiesbadener Straßenbahnen von der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft geleitet wird, kann er unter keinen Umständen bleiben; das ist jedem Wiesbadener klar. Der 7 1/2-Minutenverkehr in den Hauptverkehrszeiten ist ein Umling für Wiesbaden. Er ist bei Andrang nicht im geringsten aufrecht zu erhalten, und dann ist der ganze Betrieb aus dem Geleise. So lange nicht der 5-Minutenverkehr ohne Anschluß an den Umsteigestellen eingeführt wird, werden die vielen berechtigten Klagen niemals aufhören. Was in Mainz und Darmstadt möglich ist, das kann man doch wohl auch in Wiesbaden einführen.

Noch eine letzte Frage: Werden der Magistrat und die Stadtverordneten dafür sein, sobald als möglich Herr in ihren Straßen zu werden und einen sich für Wiesbaden gebührenden Straßenbahnbetrieb und Tarif einführen, oder soll die „Süddeutsche“ noch weiter Jahr für Jahr eine halbe Million aus Wiesbaden fortzuleppen und die Stadt die Bahnen später noch teurer erwerben müssen?

Chemisches Laboratorium Fresenius zu Wiesbaden. An den im Herbst 1913 abgehaltenen Ferienkursen beteiligten sich 23 Studierende, darunter eine Dame. Während des in Kürze zu Ende gehenden Wintersemesters 1913/14 ist das Laboratorium von 28 Studierenden (einschließlich zweier Hospitanten) besucht, darunter 6 Damen. Der Heimal nach verteilen sich dieselben wie folgt: 21 sind aus dem Deutschen Reich, 3 aus Luxemburg und je einer aus England, Rußland, der Schweiz und aus Brasilien. Außer den Direktoren, Geh. Regierungsrat Professor Dr. F. Fresenius, Professor Dr. W. Fresenius und dem stellvertretenden Direktor Dr. A. Fresenius, sind am Laboratorium 2 Dozenten und Abteilungsleiter, ferner im Unterrichtslaboratorium 2 Assistenten und in den Untersuchungsabteilungen (Versuchsstationen) 20 Assistenten und Laboranten tätig, darunter 7 Damen. Auch im Wintersemester 1913/14 ging eine Anzahl von wissenschaftlichen Arbeiten aus dem Laboratorium Fresenius hervor. Die betreffenden Abhandlungen wurden in chemischen Fachblättern, insbesondere in der von den Direktoren des Laboratoriums herausgegebenen „Zeitschrift für analytische Chemie“, veröffentlicht. Außer den wissenschaftlichen Arbeiten wurden im Wintersemester 1913/14 in den verschiedenen Abteilungen des Untersuchungsabteilungslaboratoriums (Versuchsstationen) zahlreiche Untersuchungen im Interesse des Handels, des Bergbaus, der Industrie, der Landwirtschaft, der Gesundheitspflege, sowie der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden ausgeführt.

Reichshallen-Theater. Mit dem 1. März hat Hermanns Künster Bühne im Reichshallen-Theater ihren Einzug gehalten, und zwar bei vollem Haus. Ein Neumann als Soldat und das Vidarb-Duo bilden zunächst gute Eingangsummern. In der Rolle „Adam und Eva“ bewährt Herr Hermann sich in der Rolle des Erbenheils als famöser Thünnies, der das Publikum kaum aus dem Lachen kommen läßt. Als Humorist stellt Herr Robert Sarotti seinen Mann und Fräulein Anna Correlli erfreut besonders durch Liebesvorträge. Vorzügliche Komik entfaltet Herr Fritz Paul, der besonders mit dem bekannten Couplet „Der Fensterladen-Platz“ stürmischen Applaus hervorruft. In der zweiten Vorlesung „Der rote Hahn“ ist es wiederum Herr Hermann als Thünnies, der die Lachmuskeln reizt. Die Posse ist reich an komischen Situationen, und der Beifall des Auditoriums wird ihr natürlich ebenfalls zuteil. Zum Schluß fehlen zwei gute akrobatische Akte nicht. Angebracht wäre es übrigens, das Programm etwas zu kürzen; trotz der flotten Abwicklung dehnt es sich doch wohl zu lange aus.

Entweder intellektuelle Erziehung oder Volkuntergang lautet das Thema, das auf Veranlassung der „Wiesbadener Gesellschaft für ethische Kultur“ der Schriftsteller E. Morzeus aus München am Freitagabend behandelt. Wir sind von einer sinnlosen Massenkultur umgeben, von erblichen Suggestionen abhängig und eingeschlossen in ein System von Paragraphen, so daß wir im Leben vorwärts geschoben werden, statt unseren Weg nach individuellem Ergehen zu suchen. Dem felle der Redner als erstrebenswertes Ziel entgegen, der einzelne müsse durchaus seiner individuellen Anlage nach leben, geführt vom Instinkt. Dieser muß daher schon von früher Jugend an geweckt und geübt werden, damit sein Träger später instande ist, die ihm zu-

folgende Laufbahn einzuschlagen, auch wenn sie im Gegensatz zur herrschenden Gesellschaftsmoral und Anschauung stehen sollte. Da die allgemeine Wohlfahrt schließlich von der Wohlfahrt des einzelnen abhängig ist, so soll diese durchaus gefördert werden, eben durch volle Betätigung des durch den Instinkt geleiteten Individualismus. Freilich muß schon in der Schule Rücksicht auf die Eigenart des Kindes genommen werden, damit dieses von vornherein den ihm gemäßen Weg verfolgen kann, während heute der Schüler, durch das Schema der Schule gezwungen, häufig zu einem Beruf bestimmt wird, ehe seine Fähigkeiten klar zutage liegen. An der Hand zahlreicher Zeichnungen und Aquarelle, die ein 30-jähriger Mann in wenigen Wochen ohne Anleitung angefertigt hatte, nachdem ihm früher jede Möglichkeit zu dieser Betätigung verweigert war, versuchte der Vortragende nachzuweisen, wie ein Talent ohne Nachhilfe sich zu entwickeln vermag, wenn ihm freie Bahn gelassen wird. — Die dem Vortrag folgende angeregte Besprechung zeigte, daß auch in Lehrkreisen lebhaftes Interesse besteht für andersartige Abstützung und Teilung der Schulklassen, so daß jedes Kind schon frühe dem seiner Eigenart entsprechenden Unterricht zugeführt wird und seine Persönlichkeit zweckmäßig und befriedigend entwickeln kann.

Internationale Schriftenmission. Die Polizeidirektion in Frankfurt a. M. läßt vor einem Unternehmen warnen, das, wie wir beobachtet konnten, auch in Wiesbaden sich bemerkbar gemacht hat. Es trägt die Bezeichnung internationale Schriftenmission und ist von einem Kaufmann ins Leben gerufen worden, der sein Institut angeblich der unentgeltlichen Krankenpflege zur Verfügung stellt. Nach seinen Angaben hat er sieben Krankenpflegerinnen in Düsseldorf, Stuttgart und Frankfurt a. M. angestellt, deren Hauptaufgabe bisher aber nur darin bestand, das religiöse Blättchen „Es werde Licht“ zu vertreiben. Der Erlös, der auf die Angaben, daß der bezahlte Betrag für Werke der Liebestätigkeit für Missionszwecke und für Krankenpflege verwendet würde, gewöhnlich reichlicher ausfiel, als das Blatt und der darin enthaltene Stoff wert war, soll recht ansehnlich gewesen sein. Insgesamt wurden bisher 15 000 Exemplare abgesetzt. Krankenpflege haben die Schwestern bisher noch nicht geleistet. Ein ähnliches Unternehmen besteht übrigens auch in Breslau. Es besteht der dringende Verdacht, daß der Inhaber, der schon vorbestraft ist, und auch das von ihm angestellte Personal betrügerische Absichten bei dem Vertrieb des Blättchens verfolgen. Gegen die Unternehmer und die Schwestern ist daher ein Verfahren in die Wege geleitet worden. In Wiesbaden wurde übrigens das genannte Blättchen auch durch Kinder vertrieben, die in recht aufdringlicher Weise ihre Exemplare an den Mann zu bringen versuchten und jedenfalls Beauftragte der fraglichen Schwestern waren.

Eisenbahnverkehr. Ab 1. März werden zwischen hier und Verlin über Homburg-Rauheim folgende D-Züge mit Speisewagen und 1 bis 3 Waggons gefahren: ab Wiesbaden 9 Uhr 0 Min. vorm., in Verlin (Potsdamer Bahnhof) 7 Uhr 31 Min. nachm., ab Verlin (Potsdamer Bahnhof) 8 Uhr 17 Min. vorm., in Wiesbaden 6 Uhr 52 Min. nachm.

Konkursverfahren. Über den Nachlaß des Weinhandlers Heinrich Doh in Firma W. Büdingen Nachfolger, Rheinstadt 67, wurde das Konkursverfahren eröffnet. Konkurswalt Dr. Videll ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis 1. April 1914 beim Amtsgericht Wiesbaden anzumelden. Die erste Gläubigerversammlung ist auf den 28. März, vormittags 10 1/2 Uhr, und der Prüfungstermin auf den 18. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bestimmt.

Personal-Nachrichten. Lehrer Christian Wagner an der Mittelschule in der Rheinstadt tritt am 1. April d. J. in den Ruhestand.

Güterverkehrsregeln. Die Eheleute Kaufmann Karl Emil, genannt August Dietl und Anna, geborene Ohms, haben die Verwaltung und Abrechnung des Gemeindefonds abgeschlossen. Die Eheleute Kaufmann Karl Kischaffner und Elise, geb. Bern, haben Gütertrennung vereinbart.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Der „Ring- und Rühmlichkeitsverein“ hält seinen Monatsabend am Mittwochabend 5 Uhr im großen Saal der „Wartburg“ ab.

* Am Donnerstagabend 4 Uhr findet im „Frauen-Club“ ein Lesekonzert statt.

* Am Freitag vergangener Woche fand die diesjährige Mitgliederversammlung des „Tierliebhaber-Vereins“ in dem kleinen Saal der „Wartburg“ statt. Prof. Dr. Schaefer, der den Vorsitz führte, eröffnete zunächst den Jahresbericht, aus dem wir folgendes mitteilen. Am 31. Dezember 1913 zählte der Verein 133 Mitglieder, 90 Hälle von Tierliebhabern sind dem Vorstand des Vereins im Laufe des Geschäftsjahres 1913 mitgeteilt worden. In 23 Fällen hat das Gericht, dem von dem Vorstand Anzeige gemacht wurde, auf Geldstrafen, bzw. auf Haft erkannt. 2 Hälle wurden mit 5 Tönen, bzw. 4 Wochen Gefängnis bestraft, die übrigen wurden, da sie leichter Natur waren, durch Verwarnungen erledigt. Im Interesse des Tierliebhabers betreibt der Verein die Würstchen-Tierliebhaber, von denen er 22 000 bezogen hat. Der Magistrat von Wiesbaden hat davon 10 000 Exemplare zur Verteilung in den Schulen übernommen. Ein weiteres Verdienst des Vereins ist es, wenn die Hundehalbeser immer mehr verschwinden und statt der alten Hälle ganz untaugliche Hunde eingeführt werden. Im abgelaufenen Jahre hat er zu diesem Zweck 75 Hälle in Italien durch seinen Inspektor einkaufen lassen. Die Benutzung des Vereins ist stetig, es waren außer anderen Tieren 226 Hunde und 30 Katzen in Pension und Pflege gegeben worden. 104 Bindlingshunde und 109 Bindlingskatten, um die sich niemand kümmerte, hat der Verein in seinem Heim aufgenommen und verkauft, was ihm eine Ausgabe von über 1000 M. verursachte. Da sich nun die Verwaltungskosten des Vereins auf rund 10 000 M. belaufen, die Zahl der Bindlinge und damit die Ausgaben für sie immer größer werden, liegt es auf der Hand, daß der Verein seinen idealen Zwecken nur gerecht werden kann, wenn er weiterhin über besondere Zuwendungen unterhält, wenn ihm insbesondere von der Stadt ein regelmäßiger Zuschuß zur Unterhaltung des Vereins zur Verfügung gestellt wird. Wüchserreifer Meemann beschäftigt in seinem Jahresbericht die Tatsache, daß der Verein nun infolge besonderer Zuwendungen davon befreit blieb, sein Kapital anzulegen, um die bedeutenden Ausgaben zu decken, die ihm in Erfüllung seiner Aufgabe erwachsen. Am 1. Vorstehenden wurde an Stelle des verstorbenen Archivars a. D. Dr. Hermann Generalsekretär a. D. Freiherr v. Amstel gewählt.

* Der „Kleiner Sport-Verein“ hielt kürzlich seine Generalversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Nach dem erstatteten Geschäfts- und Vereinsbericht liegt ein neues Ergebenis vor. Es wurde daher eine Veranlassung nach der neuesten Ausschreibung für 150 M. gestellt, welche allen Sportfreunden Dienst und Freizeit, abends 9 Uhr, im Lokal Heinenstraße 7 zur Verfügung steht. Die Vorstandsliste ergab: 1. Vorsteher Franz Böhm, 2. Vorsteher Wilhelm Scharf, Kassierer Otto Engel, Schriftführer Dr. Hermann, Abgabewart Adolf Meul und Heinrich Schmitz, Prüfer Hugo Schömann und Karl Groß. Inventarverwalter Jos. Schöf.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Der Wiehricher Hausbau-Voranschlag.

Der Wiehricher Hausbau-Voranschlag der Stadt für das Jahr 1914 beläuft sich in Einnahme und Ausgabe mit 2 311 474 M. 42 Pf. Von diesem Betrag entfallen auf die einzelnen Titel: 1. Allgemeine Verwaltung: Einnahmen 52 456.14 M., Ausgaben 182 449.14 M., Zuschuß 129 988 M. (gegen 122 106.64 M. i. V.), 2. Rechnungs- und Kasseneinwesen: Einnahmen 549 091.03 M., Ausgaben 554 109.38 M., Zuschuß 4417.70 M. (4351.18 M.), 3. Veranlagung der direkten und indirekten Steuern: Einnahmen 1 380 197.25 M. (1 330 475.30 M.), 4. Polizeiverwaltung: Einnahmen 19 081.58 M., Ausgaben 112 851.05 M., Zuschuß 92 969.07 M. (89 277.57 M.), 5. Grundbesitzverwaltung: Einnahmen 30 038.52 M., Ausgaben 25 942.03 M., Überschuß 4996.49 M. (4561.49 M.), 6. Feuerverwaltung: Einnahmen 128 243.74 M., Ausgaben 280 776.26 M., Zuschuß 152 531.48 M. (145 723.73 M.), 7. Friedhofverwaltung: Einnahmen 13 922.51 M., Ausgaben 22 072.72 M., Zuschuß 9000.21 M. (10 086.96 M.), 8. Armenverwaltung: Einnahmen 44 959.64 M., Ausgaben 99 972.55 M., Zuschuß 54 973.22 M. (58 850.22 M.), 9. Schulverwaltung: Einnahmen 117 531.78 M., Ausgaben 588 551.67 M., Zuschuß 421 189.89 M. (401 681.09 M.), 10. Volkshochschulen: Einnahmen 50 550 M., Ausgaben 23 685 M., Überschuß 26 865 M. (17 966 M.), 11. Aufwendungen für landwirtschaftliche Zwecke: Einnahmen 4682.81 M., Ausgaben 21 470.85 M., Zuschuß 16 888.04 M. (16 228.23 M.), 12. Verwaltung für allgemeine öffentliche Zwecke: Einnahmen 3065 M., Ausgaben 14 448 M., Zuschuß 11 383 M. (10 845 M.), 13. Verwaltung des Wasserwerks: Einnahmen und Ausgaben gleich mit 121 668.40 M. aus (119 409.34 M.), 14. Krankenversicherungen und Zuschüsse an möblierte und gemeinnützige Stiftungen: Einnahmen 38 483.00 M., Ausgaben 47 546.18 M., Zuschuß 9002.23 M., 15. Elektrizitätswert: Einnahmen und Ausgaben gleich sich unter Berücksichtigung einer Gewinnabführung von 5000 M. auf die Stadttafel mit 153 428.53 M. aus, 16. Verfall-lage: Einnahmen und Ausgaben gleich sich mit 6017 M. aus.

Aus der Gemeindevertretung Sonnenberg.

7. Sonnenberg, 1. März. Die gestrige Sitzung der Gemeindevertretung hatte einen Antrag auf Verkauf einer Gemarkung an der Poststraße zu beraten. Mit Rücksicht darauf, daß das Verfügungsrecht der Gemeinde nach der Klärung bedarf (die Gemeinde ist grundsätzliche Eigentümerin der Gemarkung), soll ein Notariatsprotokoll eingeholt werden, damit den Interessen aller Anlieger Rechnung getragen wird. Von einem Schreiben des Landbauamts über die Reihenfolge der in den Jahren 1914, 1915 und 1916 beschlagnahmten Gemarkungen in den Sonnenberger Straßen wird Kenntnis genommen. Zur Entscheidung des Geschäftsvertrages der Gemeindeförderung wird am 1. April 1914 die Errichtung eines Notariatsprotokolls beschlossen. Zu Mitgliedern der Schuldeputation wurden aus der Gemeindevertretung die Herren Schreinermeister Ludwig Reich Wintermeier, Landwirt Phil. Franz Jemel, Oberkassier Dr. Queller und als des Erziehungs- und Volksschulwesens kundige Personen die Herren Landwirt Ludwig Heinrich Wagner, Kaufmann Karl Bring und Rektor Wilhelm Winter gewählt. Weiter gehören noch zur Schuldeputation mehrere Mitglieder des Gemeindevorstandes und außerdem die beiden Ortsräte. Die Feststellung der Höhen für die Instandhaltung der in das Gemarkungsgelände fallenden Straßenanlage hat ergeben, daß zur Vermessung außer hoher Stummern und um Interesse eines schönen Straßenbildes eine Veränderung der Höhenverhältnisse notwendig ist. Auf Grund des vorliegenden Sachverständigen-Gutachtens erhebt die Verwaltung gegen die Änderung keine Einwendungen. Zur besseren Reinigung der Ortsstraßen war mit einer Wiesbadener Firma verhandelt worden, die Abfallstoffe abzurufen. Die Reinigung, insbesondere die Entfernung von Säuren und Eiserstein, hat im allgemeinen nicht befriedigt, so daß beschlossen worden ist, das Abkommen zum 31. März 1914 zu lösen. Es soll die Reinigung des Bürgersteigs und wo ein Bürgersteig nicht vorhanden ist, 1.50 Meter Fahrbahnbreite von der Hausgrenze an gerechnet auf die Länge der Gehsteige den Anliegern zu reinigen aufgelegt werden. Dagegen soll die Reinigung des Bürgersteigs, welche nach dem bestehenden Ortsstatut selber auch von Anliegern zulässig, auf die Gemeinde übernommen werden. Gleichzeitig wird die Gemeinde auch die Reinigung des Bürgersteigs übernehmen gegen Zahlung einer entsprechenden Gebühr, und zwar für solche Anlieger, die dies wünschen. Auch die Lastkraft wird in letzterem Falle auf die Gemeinde übernommen. Die endgültige Beschlußfassung steht noch aus. Ein Antrag auf Rückgabe von Kanal- bzw. Straßenbaukosten, welche von dem Erbauer zweier Häuser unterlegt und von der Antragsstellerin gepfändelt worden sind, wurde zurückgewiesen und beschlossen, die Angelegenheit nötigenfalls im Prozeßwege zum Austrage zu bringen.

Wiehrich, 2. März. Am Samstag entschied der seit Jahren hier lebende Major a. D. Adolph v. Luch im Alter von 70 Jahren. Er war 1835 in Stuttgart geboren, hatte den Feldzug 1870/71 mitgemacht und war Ritter des Eisernen Kreuzes.

Schierstein, 2. März. Die in Griesheim vor einigen Tagen gelandete Leiche wurde als die 19jährige Schwester A. von hier ermittelt, die am 23. Dezember am Schaumain in Frankfurt in den Main gesprungen war.

W. Dohheim, 2. März. Das dreijährige Kind des Telegraphenarbeiters W. Dohheim wurde von der Elektrischen der Dohheim-Wiehricher Linie in der Wiesbadener Straße angefahren und erlitt einen Beinbruch.

W. Sonnenberg, 2. März. Die Musterung der im Gemeinbezirk Sonnenberg wohnhaften Militärschlichter findet am Montag den 9. März 1914, im Gasthaus „Zum deutschen Hof“ in Wiesbaden, Goldstraße 2a, statt. Die Stellungsplakate haben sich um 6.30 Uhr pünktlich am Rathaus zum gemeinsamen Abmarsch einzufinden.

Erbenheim, 28. Febr. Gestern Abend hielt der „Haus- und Grundbesitzer-Verein“ im Gasthaus „Zum Sauerbrunn“ eine außerordentliche Versammlung. Zunächst fand die Besprechung über die bevorstehenden Gemeindevorwahlen auf der Tagesordnung. Man einigte sich dahin, folgende Herren als Kandidaten den Wählern zu empfehlen: für die 1. Klasse die Landwirte Adolf Born und Karl Ulrich; für die 2. Klasse Sattlermeister Karl Stoll und für die 3. Klasse Landwirt Friedrich Wink und die Landwirte August Stein und Heinrich August Born. Für den verstorbenen Landwirt Heinrich Dohmer wird sein Sohn, der Architekt Wilhelm Dohmer in Wiesbaden, als Kandidat vorgeschlagen. Am 2. März b. A. recht zahlreich bei der Wahl zu erscheinen, um den oben genannten Kandidaten zum Siege zu verhelfen. — Heute vormittags fand auf dem Gelände zwischen Hofst. und Rordenshof und Erbenheim eine Feldschießübung statt, an der Infanterie, Artillerie und Feldartillerie teilnahmen. Die Beschießung des Zoten, der zwischen 30 und 40 Jahre alt

el. Dohheim, 27. Febr. Ein etwa 40 Jahre alter Mann aus Schönmühl, der aus der Irrenanstalt Eichberg entlassen war und sich hier bei Verwandten aufhielt, wurde hier aufgegriffen und von Wärttern der Anstalt wieder zugeführt. — Hierseits hat sich eine neue Kasinogesellschaft gebildet, der bis jetzt etwa 30 Herren, meistens mittlere Beamten und Kaufleute, beigetreten sind. Der neue Verein tagt im „Frankfurter Hof“, den Vorsitz hat Hofst. v. Dohheim übernommen.

el. Dohheim, 1. März. Beim Ausgraben des Grabfeldes wurde gestern mittags im Wald eine männliche Leiche gefunden, die einige Wochen im Wasser gelegen haben muß. Die Person ist des Toten, der zwischen 30 und 40 Jahre alt

zu sein scheint, konnten bis jetzt noch nicht festgestellt werden. — Da in den Weinbergen jetzt die Anlage von Reinfeldern beginnt, ist die Rebe desinfektionsanfällig wieder in Betracht genommen. Die Desinfektion des Holzes erfolgt Mittwochs. Aus der Annahme, die am Tage zuvor auf dem Markte zu erfolgen hat, muß ersichtlich sein die Menge und Sorte des Holzes, wobei von dem es kommt und die Nebenlieger des zu bepfanzenden Grundstücks. Nach der Desinfektion wird eine Bescheinigung und dann die polizeiliche Erlaubnis zum Verpflanzen der Reben ausgestellt.

Nassauische Nachrichten.

Verband Hessen-Nassau vom Bund deutscher Militärämter.

PC. Höchst a. M., 1. März. Bei zahlreicher Beteiligung und unter Vorsitz des Postsekretär Kreuder (Frankfurt a. M.) hatten sich heute hier die im Verband Hessen-Nassau vom Bund deutscher Militärämter vereinigten Militärämter zu ihrem Verbandstag versammelt, der eine umfangreiche Tagesordnung aufwies. Als Vertreter der Stadt Höchst a. M. waren Bürgermeister Dr. Janke und Weigandener Dr. Hoch erschienen. Der Vorsitzende ließ sich, nachdem er die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser eröffnet, zunächst über die bekannten Ziele und Zwecke des Verbandes und Bundes aus, die in ideeller und materieller Beziehung eine Hebung des Militärämterstandes erstreben, vor allem aber Gleichstellung der Militärämter mit den Zivilbeamten herbeiführen wollen. Zum Verbandstagsleiter wurde darauf der Vorsitzende des Höchstener Militärämtervereins Schmidt gewählt. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Jahresbericht sei folgendes hervorgehoben. Zu den bedauerlichsten Erscheinungen des vergangenen Geschäftsjahres gehört die Festsetzung des Bundes deutscher Militärämter und Zivilbeamten (Unterbeamten) an zwei Orten des Bundes, in Frankfurt a. M. und Wiesbaden. Den an genannten Orten befindlichen Vereinen war es nicht möglich, die Vereinsgründungen des neuen Bundes an ihrem Sitz zu verhindern. Die Zahl der Vereine hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht vermehrt. Es hat sich zu Gründungen keine Gelegenheit. Zum erstenmal seit Bestehen des Verbandes ist seine Mitgliederzahl zurückgegangen. Die Gesamtmitgliederzahl beträgt über 2000. Im Berichtsjahr wurde der Vorstand ganz besonders durch Beschwerden über die Nichtbeachtung der Anstellungsgrundsätze in Anspruch genommen. In einigen Fällen war das Eingreifen des Verbandsvorstands von Erfolg gekrönt. Bei diesen Vorgängen hat sich erneut gezeigt, daß die Kommunalverwaltungen zum Teil bestrebt sind, mit allen erdenklichen Mitteln die Militärämter fernzuhalten. Zurzeit schweben noch Bemühungen des Vorstandes, die Verbesserung der Lage der Beamten beim Bezirksverband Wiesbaden bezugend. Zum Bundesstag 1914 wurden folgende Anträge angenommen: „Der Bundesvorstand hat alsbald die Reichsregierung zu ersuchen, das Mannschafts-Versorgungsgebot von 1906 dahin zu erweitern, daß die Anrechnung von Militärdienstzeit und anderer — außerhalb der etatsmäßigen Anstellung liegenden — Zivildienstzeit den nach § 18 des genannten Gesetzes zur Anstellung von Militärämtern verpflichteten Behörden gesetzlich auferlegt wird.“ Die Anträge des Vereins Danau auf Abschaffung der Titel „Diener“ bei allen Behörden für die aus dem Militärämterstand hervorgehenden Beamten, auf Schaffung von etatsmäßigen Stellen bei den militärtechnischen Instituten für die dort beschäftigten Verwaltungsschreiber, auf weiteres intensiveres Wirken für Aufbesserung der Gehälter und Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses der unteren Beamten, auf Wirken des Bundesvorstands in der Frage der Verkürzung bezw. Abschaffung des Vikariats und der Anstellung auf Lebenszeit der aus dem Militärämterstand hervorgehenden Beamten bei allen Behörden fanden Annahme, ebenso der vom gleichen Verein gestellte Antrag, dahin zu wirken, daß bei den Anrechnungsbestimmungen an Stelle von „Jahre“ die Zeit der Beschäftigung eines Beamten bei einer Kommunalverwaltung bei seinem Abtritt zum Staatsdienst als Zivil- bezw. Militärdienstzeit auf das Beförderungsdienstalter angerechnet werden“, treten soll. „In die Zeit“ und. Endlich fand ein Antrag Frankfurt a. M. Annahme, beim Bundesstag zu beantragen, „§ 14 Ziffer 6 Absatz 2 der neuen Bundesgesetz erhält folgende Fassung: „Abhandlungen von Bundesmitgliedern für die Bundeszeitung sind durch den Verein unmittelbar dem Bundesvorstand einzureichen“, sowie ein Antrag Weimar, auf eine Änderung der §§ 3, 4 und 10 sowie 14 der Grundzüge 2 (Beziehung der Stellen bei Kommunalbehörden) hinzuwirken. — Die Entscheidungen des Verbandes stellten sich im abgelaufenen Jahre auf 2401 M. 26 Pf., die Ausgaben auf 1675 M. 18 Pf. Die Rechnung wurde genehmigt und der Voranschlag mit 1755 M. genehmigt. Hierbei wurde der Beschluß gefaßt, künftig die Reisekosten der Delegierten nach den zurückgelegten Kilometern zu berechnen. Der jetzige Vorstand wurde darauf einstimmig wiedergewählt, als Vertreter des Verbandes zum Bundesstag 1914 Kreuder (Frankfurt a. M.), Schmidt (Höchst a. M.), sowie des weiteren Lötch (Frankfurt a. M.) designiert. Als nächstjähriger Verbandstagsort wurde Limburg bestimmt.

Ht. Nied. 27. Febr. Auf einem hiesigen Ackerfeld fand man einen gut erhaltenen großen Holzstempel mit der Jahreszahl 1643.

Ht. Cronberg, 1. März. Die Stadtverordneten-Versammlung sprach sich in einer Resolution für die Umwandlung der hiesigen konfessionellen Schule in eine Simultanische aus.

Ht. vom Westerwald, 27. Febr. Der Verkehr auf der Strecke Westerburg-Erbach im Westerwald hat sich derart gehoben, daß die Eisenbahnverwaltung sich entschlossen hat, sie abwechslungslos auszubauen. Die Kosten dafür werden im nächsten Eisenbahnleihen-Gesetzentwurf enthalten sein.

Ht. Wies (Westerwald), 27. Febr. Der hiesige Bürgermeister Prof. legte nach 39jähriger Amtstätigkeit sein Amt nieder, weil er in seinem Alter von nahezu 80 Jahren die Lasten des Amtes nicht mehr tragen zu können glaubt. Die Gemeinde wählte einstimmig seinen Sohn, August Groß. Es ist auf dem Westerwald keine seltene Erscheinung, daß das Bürgermeisteramt sich in der Familie vererbt und vom Vater auf den Sohn oder den Schwiegersohn übergeht.

Ht. Badamar, 2. März. Dem seitberigen kommissarischen Domänenrentamtsverwalter, Oberrentamt a. D. Hansen ist unter Ernennung zum Domänenrentmeister die Verwaltung des Domänenrentamts Badamar und der damit verbundenen Forstwirtschaft der Oberförsterei Badamar vom 1. März 1914 ab endgültig übertragen worden.

Ht. Ransbach, 2. März. Oberpostsekretär a. D. Dieser Herrschel erhielt das Allgemeine Ehrenzeichen.

Ht. Dillenburg, 27. Febr. Der Oberlehrer am hiesigen Königl. Gymnasium Professor Dr. Hofmann ist vom 1. April ab in gleicher Eigenschaft an das Königl. Gymnasium in Wiesbaden berufen. — Als Nachfolger des Direktors

der Staatsbergwerke im Bezirk Wiesbaden Oberbergamt Vacumler ist als Direktor der Königl. Berginspektion Dillenburg, der Bergamt R. Hier, seither Bergwerksdirektor der Berginspektion Kronprinz zu Endorf bei Saarbrücken, vom 1. April ab ernannt.

Aus der Umgebung.

Förderung des Kleinwohnungswesens.

Ht. Bad Homburg v. d. H., 2. März. Für wirksame Förderung des Kleinwohnungswesens im Ober-Taunuskreis bewilligte der Kreisausschuß heute die Aufnahme eines zweiten Darlehens von 100 000 M.

Kaubmord.

— Bad Homburg v. d. H., 2. März. Am Samstagabend wurde der Fuhrmann eines Wilseler Mineralwasserwerks auf der Landstraße nach Seuberg überfallen und beraubt. Er ist derzeit schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus nach Wilsel gebracht werden mußte. Der Überfallene wurde erst Sonntagmorgen aufgefunden. Er hat schwere Kopfverletzungen und wird kaum mit dem Leben davonkommen.

— Frankfurt a. M., 2. März. Im Güterbahnhof des Hauptbahnhofs blieb gestern Abend nach 8 Uhr beim Überfahren des Gleises der 40jährige Rangierer Georg Bessler, der Dorfstraße 14 wohnte, mit dem Stiefelabsatz in einem Weichenberstung hängen, wurde von einer abgekippten Rangierabteilung erfaßt und auf der Stelle getötet.

Ht. Gießen, 1. März. Wie amtlich bekannt gegeben wird, wurden im Land- und Stadtkreis Gießen infolge des Generalpardons mehrere Millionen Kapitalbeträge angeteilt, die bisher der Versteigerung entzogen worden sind.

Ht. Büdingen, 1. März. Durch einen ganz eigenartigen Unfall kam in einem Nachbarort ein Landwirt ums Leben. Dieser hatte sich einen starken Schuppen ausgesetzt und während dieser Zeit seinen Acker mit künstlichem Dünger befruchtete. Dabei lag ihm etwas Düngerhaub an die entzündete Nase; er zog sich eine Blutvergiftung zu, der er schon am nächsten Tage erlag. Der Mann hinterläßt eine Witwe mit sechs Kindern.

Ht. Darmstadt, 1. März. Verlobt aufgefunden wurde heute früh in ihrer Wohnung in der Friedrichstraße die bei ihren Verwandten daselbst wohnende 88 Jahre alte Frau Eva K. u. m. e. l. Die Verwandten waren außerhalb zu Besuch und die alte Frau hat sich anscheinend mit dem Vordach der Arbeitstube dem Meiderstrand zu sehr genähert. Die Kleider haben Feuer gefangen und die Frau wurde verbrannt, so daß die Angehörigen beim Nachhausekommen nur die verbleibende Leiche fanden. Da die Flammen sonst nicht viel Schaden fanden, wurde ein größerer Brand verhindert.

Ht. Alenkirchen (Westerwald), 27. Febr. Die Arbeiten zu dem Bessertal-Bismark-Turm, der auf dem „Dorn“ in der Nähe unserer Stadt errichtet wird, wurden für 10 000 M. vergeben und werden demnächst begonnen. Auch der Platz ist schon angekauft. — Zwischen hier und Au wurde der Bremser Peter Bender aus Marienthal vom Zug erfaßt und ihm ein Bein abgefahren. Der Verunglückte wurde in das hiesige Krankenhaus gebracht.

Ht. Kassel, 2. März. Wegen den viel genannten Freiherrn Giesbert Wolff v. Weierbach ist eine Anzahl Anzeigen wegen Betruges und Hochverrats bei der hiesigen Königl. Staatsanwaltschaft eingegangen. Der Freiherr wird bekanntlich durch Schwindelbetrug verschiedene Personen um größere Geldbeträge gebracht zu haben. Er soll auch durch falsche Kreditverleihen verfahren haben, verschiedene Personen zu verführen, sich mit namhaften Geldbeträgen an verlorenen geschäftlichen Unternehmungen zu beteiligen. Unter den Betrogenen soll der Geschäftsführer eines Automobilgeschäfts, welches der Freiherr gegründet hatte, figurieren.

Neues aus aller Welt.

Ht. Goldregen der Berliner Walfahrt, Berlin, 1. März. Was in der Berliner Walfahrt für Vergnügungen ausgegeben wird, erblickt die Tagespresse, daß der Walfahrt-Admiralpostamt am vorigen Samstag bei etwa 3000 Besuchern eine Eintrittseinnahme von 20 000 M. und einen Umsatz an Speisen und Getränken von ca. 28 000 M. erzielte. Diese Zahlen werden noch übertroffen von dem Tango-Tanzturnier mit einer Besucherzahl von etwa 4000 Personen, mit annähernd 30 000 M. Eintrittseinnahmen und etwa 35 000 M. Erlös für Speisen und Getränke. — Die großen Berliner Bälle bringen meist einen sehr ansehnlichen Überschuß. So konnte der Verein Berliner Presse vom Presseball gegen 45 000 M. seiner Unterhaltungsabteilung zuführen, das Deutsche Opernhaus von seinem Ball seiner Pensionistenkasse 13 500 M.

Ht. neuer Tiefentunnel, Rom, 1. März. Die italienische Staatsbahnverwaltung plant den Bau eines neuen Tiefentunnels von 19 Kilometer Länge, der den Aemilia nördlich von Genua durchbrechen und eine günstigere Eisenbahnanbindung zwischen dieser Stadt und der Po-Ebene schaffen soll, so daß sich die Norddeutsche der Schnellzüge Genua-Mailand von dort auf zwei Stunden verkürzt. Um die Schwierigkeiten zu vermeiden, mit denen man beim Bau der Tunneln auf den alten von Genua nach Norden führenden Strecken infolge des brüchigen Gesteins zu kämpfen hatte, wird der neue Tunnel einen gekrümmten Verlauf erhalten, so daß er der ganzen Länge nach durch gutes Gestein führt. Die Bauzeit wird auf acht bis zehn Jahre geschätzt. So wird man in derselben Richtung drei verschiedene Tunnelkreuzungen haben.

Ht. Dampfer auf Grund geraten und von einem Torpedoboot befreit, Salsolano, 2. März. Der Dampfer „Christos Karistos“ verlor hier auf Grund. Das Torpedoboot „S. 82“ schleppte ihn ab, worauf er die Weiterfahrt nach Hamburg antrat.

Ht. Hamburger Dampfer gestrandet, Tanger, 2. März. Seit aus dem Nachbarlande Andorra brachten der deutschen Gesandtschaft einen Brief des Kapitäns vom Dampfer „Sanfador“ der Dampfschiffahrtsgesellschaft in Hamburg, wonach der Dampfer gestern morgen zwischen Tanger und Ceuta gestrandet ist. Eine Gefahr für Mannschaft und Ladung sei nicht vorhanden. Entsendung der Bente des Kapitäns ergreift die Gesandtschaft sofort Schritte, um Hilfe zu schaffen.

Deutscher Reichstag.

Der Postetat.

Ht. Berlin, 2. März. (Eig. Drahtbericht) In weniger als 5 Minuten schaffte sich das Plenum des Reichstags, fürs erste wenigstens, die Besoldungs-novelle und die Nachtragsetats vom Salze. Sie wurden samt und sonders ohne jede Debatte an die Budgetkommission verwiesen. Dann stürzte man sich kopfüber in den Postetat. Die Begeisterung über die Art, wie unsere Reichspostverwaltung zurecht gelöst wird, ist trotz der schönen Überschüsse, die sie liefert, nicht sonderlich groß im Reichstag. Es ist nicht zu leugnen, daß die Aera Kraetke auf verschiedenen Gebieten einen Stillstand bedeutet. Von einem Vorwärtsschreiten ist nur wenig zu bemerken. Im besten Falle kann von einem Vorwärtsschreiten

werden gesprochen werden. Mehr oder minder deutlich klingen solche Vorwürfe heute aus allen Reden. Und der Staatssekretär, mehr redefertig als redefertig, hatte sich kräftig seiner Haut zu wehren. Der Sozialdemokrat Ebert, der neue Parteivorsitzende, sprach über Landbriefbestellung und Brieftelegraphen und nahm die Postbeamten von Jähren gegen den Chef ihrer eigenen Verwaltung in Schutz. Der Zentrumsgesandte Raden schalt auf die die Sittlichkeit gefährdende Einrichtung der postlagernden Briefe und der National-liberale Ved-Heidelberg beschuldigte sich fast ausschließlich mit den Fernspreckgehilfinnen, deren unfundbare Anstellung er endlich an der Zeit hält. Daneben trat er für eine Vereinheitlichung des Weltpostos und Ermäßigung des Ortspostos ein. Eigentlich fand die Postverwaltung nur einen einzigen Anwalt, es war Herr Dr. Dertel, der namentlich im Vergleich mit dem Ausland unsere Zustände teils musterhaft, teils wenigstens erträglich fand.

Der Staatssekretär griff dreimal in die Debatte ein. Es war wenig genug, was er versprochen konnte. Brieftelegraphen sollen künftig schon von 5 Uhr nachmittags aufgeliefert werden dürfen und die Fernverbindungen zwischen Berlin und dem Reich werden, so Gott will, besser werden, wenn die unterirdischen Kabel vermehrt sein werden. Die starke Vermehrung des weiblichen Personals sieht auch Herr Kraetke, der alte Sogefolg, nicht gern, aber er findet, daß die Telephonisten doch weit netter, freundlicher und geduldiger seien als ihre männlichen Kollegen. Seinem Gönner Dertel aber versprach der Staatssekretär vermehrte Briefbestellung und längere Dienststunden bei den kleinen ländlichen Postanstalten.

Sitzungsbericht.

Staatssekretär des „Wiesbadener Tagblattes“.

Berlin, 2. März.

Am Bundesratssitz: Staatssekretär Kraetke und Staatssekretär Kühn.

Präsident Dr. Raemys eröffnet die Sitzung um 2.17 Uhr. Zunächst werden Petitionen, welche die Kommission für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erachtet haben, entsprechend erledigt. Hierauf wird die Novelle zum Besoldungsgesetz in erster Lesung auf Geschäftsordnungsantrag des Abg. Dr. Spahn (Ztr.) ohne Debatte an die Budgetkommission verwiesen, ebenso die auf der Tagesordnung stehenden Nachtragsetats. Sodann beginnt die zweite Beratung zum

Postetat.

Abg. Ebert (Sog.): Die Überschüsse der Post- und Telegraphenverwaltung im letzten Jahre schließen mit einer Mindereinnahme von mehreren Millionen Mark. Die starke wirtschaftliche Depression, deren schlimme Folgen die Regierung bei der Arbeitslosen-debatte bestritt, mußte sie bei der Etatsaufstellung also mit in Anschlag bringen. Immerhin aber betragen die Überschüsse dieser Verwaltung 100 Millionen Mark.

Die gewaltigen Überschüsse sollten aber dem Verkehr nutzbar gemacht werden, anstatt zur Bilanzierung des ganzen Reichsetats benutzt zu werden.

Das Postparlamentarismus muß weiter ausgedehnt werden. Der Schnellzugverkehr müßte auch der Paketbeförderung in weitgehendem Maße eröffnet werden. In bezug auf die Prestelegramme steht Deutschland dem ganzen übrigen Ausland gegenüber zurück. Der Staatssekretär verkennt das hohe politische Interesse, welches dieser Art von Telegrammen zukommt. Im allgemeinen gut bewährt haben sich die Brieftelegraphen; nur sollte die Annahmefähigkeit auf den ganzen Tag ausgedehnt werden, wie es im Ausland ebenfalls gehandhabt wird. Die Einführung eines niedrigen einheitlichen Weltpostos ist notwendig. Zu der Jähren Postaffäre hat der Staatssekretär in der Kommission eine eigenartige Haltung eingenommen. Oberst v. Reuter hat vor dem Kriegsgericht die Beamten, die der Staatsanwalt sonst sehr schätzte, des Amtsverbrechens beschuldigt. Die Untersuchung hat ergeben, daß von einer Vorenthaltung der Postsendungen keine Rede sein kann. Der Staatssekretär beantragte sich aber damit, daß Oberst Reuter erklärte, er habe nicht beabsichtigt, jemanden zu beleidigen. Gegen die Beamten wird die Untersuchung und Verurteilung eingeleitet. Die Postverwaltung gibt also ihre Beamten einfach preis. (Vizepräsident Dr. Dobe bittet den Redner, sich zu mäßigen.) Wenn die Verwaltung den berechtigten Wünschen der Beamten mehr Verständnis entgegenbringen würde, würden die meisten hier eingehenden Petitionen verschwinden. Wir verlangen deshalb

Beamtenauschüsse.

deren Befugnisse gesetzlich festgelegt werden müssen. Die Anstellungsverhältnisse der mittleren Beamten sind in den letzten Jahren viel schlechter geworden. Das kommt zum größten Teil von der übertriebenen Sparsamkeitspolitik der Verwaltung. Den aus dem Arbeiterstand hervorgegangenen Unterbeamten sollen ihre Arbeiterdienstjahre angerechnet werden. Särten in der Orisflasse einstellung müssen befristet werden. Kleinliche und gehässige Anweisungen müssen aus der Dienstordnung verschwinden. Wir verlangen, daß auch die Post- und Telegraphengehilfinnen fest angestellt werden. Schnüffeleien bezüglich des Privatlebens der Gehilfinnen müssen unterbleiben. Eine bessere Bezahlung dieser Gehilfinnen wäre auch am Platze. Verwunderlich ist, daß die Verwaltung die Ostmarkenzulage wieder in den Etat eingestellt hat, nachdem doch diese Zulage, deren politischer Charakter nicht geleugnet werden kann, vom Reichstag mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist. Möge die Postverwaltung ihren Beamten gegenüber an die Stelle falscher Sparsamkeit eine großzügige Sozialpolitik treten lassen.

Staatssekretär Kraetke: Der Vorwurf, die Postverwaltung habe ihre Beamten preisgegeben, ist nicht richtig. Oberst v. Reuter hat niemanden des Amtsverbrechens und der Unterschlagung beschuldigt, sondern nur Tatsachen festgelegt, die sich als richtig ergeben haben. Die Ahndung der Vorkommnisse ist dadurch notwendig geworden. Eine Preisgabe der Beamten ist mir nicht vorzuziehen. Besonders hat die Sozialdemokratie keine Ursache, mir Preisgabe der Beamten vorzuwerfen, da gerade sie die Beamten leicht beschuldigt und nichts zurücknimmt. (Sehr gut! rechts, Unruhe bei den Sog.)

Abg. Raden (Ztr.): Der Postetat ist recht vorsichtig aufgestellt. Wir begrüßen, daß die Postverwaltung eine sehr zweckmäßige Neuordnung eingebracht hat.

Die Postkreditbriefe.

Die Verkaufsautomaten für Briefmarken, Postkarten usw. sowie die automatischen Postabgabemaschinen für Einschreibebriefe und andere Postfachen sollten in schneller Folge und in größerer Zahl aufgestellt werden. Die Telephonverbindungen zwischen Berlin und einigen größeren Orten läßt sich sehr viel zu wünschen übrig. Die unter Chiffre postlagernd geschickten Briefe bedeuten eine große Gefahr für die Jugend. Zum wenigsten müßte der Abholer seinen Namen angeben, schon damit kein Unzufriedener postlagernd Briefe abholen kann. Der Auffassung, den die Krankenkassen bei der Postverwaltung genommen haben, ist erfreulich. Eine weitere Förderung wird von uns gern unterstützt.

Erfreulich ist das Anwachsen des Postverkehrs mit dem Auslande

und der Ausbau der funktentelegraphischen Verbindungen mit den Kolonien, namentlich auch mit denjenigen der Südsee. Hierin liegt ein großes Verdienst des Staatssekretärs. Die Beförderung von Geschäftspapieren nach dem fernen Osten muß beschleunigt werden. Die Beamtenauschüsse, denen gegenüber der Staatssekretär sich noch immer ablehnend verhält, fordern wir nach wie vor. Es ist anzuerkennen, daß unsere Postverwaltung sich ihrer Aufgabe gewachsen gezeigt hat. Auch künftig müssen diese Einrichtungen in fortschrittlichem Sinne ausgebaut werden. (Beifall im Zentrum.)

Staatssekretär Kräfte: Ich kann dem Hause mitteilen, daß sich nunmehr auch China dem Weltpostverein angeschlossen hat. Dadurch dürfte sich der Verkehr mit China wesentlich beleben, für welche Verbindung die sibirische Bahn nutzbar gemacht wird. Die Brieftelegraphen sollen künftig schon von 5 Uhr an angenommen werden. 28 weitere Telephonämter sind für diesen Verkehr ausgeschrieben worden. (Beifall) Mit Österreich-Ungarn sind Verhandlungen auf Einführung dieses Verkehrs im Gange. Der automatische Betrieb wird ausgebaut, wenn auch nicht sehr schnell, da die Apparate zunächst noch sehr teuer sind, vermutlich aber bald im Preise zurückgehen dürften. Auch können wir die Apparate nicht ohne Aufsicht stehen lassen.

Die Apparate für Einschreibebriefe finden beim großen Publikum wenig Anklang.

weil die Ausgabebezüge natürlich nicht den Namen des Adressaten aufweisen. Hinsichtlich der Postkreditbriefe sind Konferenzen einberufen. Der Ausbau der unterirdischen Telegraphenleitungen Berlin-Stettin wird beschleunigt werden. Die Frage der postlagernden Briefe ist eine sehr ernste Angelegenheit. Zweifellos wird diese Einrichtung vielfach zu einem Briefwechsel gebraucht, der von den Angehörigen der Betreffenden nicht gewünscht wird. Das Übel ist jedoch nicht so leicht zu beseitigen. Die Ausweisepapiere sind ein mangelhafter Schutz gegen Mißbrauch durch illegitimen Postverkehr. Die Postkassanten nehmen einen erfreulichen Aufschwung. Die weiblichen Angestellten haben sich im Telefonverkehr besser geeignet als ihre männlichen Kollegen, da sie höflicher und nicht so empfindlich sind gegen nervöse Bemerkungen als die Männer. Bei den Zuwendungen an bedürftige Beamte können wir auf eingehendere Ermittlungen darauf nicht verzichten, ob der Betreffende noch anderweitig Zuwendungen erhält. Uns stehen nur beschränkte Mittel zur Verfügung. Wir wollen den wirklich Bedürftigen herausfinden. (Beifall.)

Abg. Beck-Heidelberg (natl.): Auch von der Post kann nicht erwartet werden, daß sie unter dem Selbstkostenpreis wirtschaftet. Die Postverwaltung hat allen Grund, auf die Anerkennung des Postes zu rechnen, denn ihre Überschüsse haben sich gegen früher wesentlich vermehrt. Wir dürfen nicht wegen des diesjährigen Rückganges der Einnahmen pessimistisch in die Zukunft blicken. Für die Industrie hat sich die Leistungsfähigkeit unserer postalischen Einrichtungen ganz vorzüglich bewährt. Das Petitionsrecht der Beamten wollen wir nicht eingeschränkt wissen.

Die Beamten müssen als Staatsbürger die gleichen Rechte haben wie jeder andere.

wenn sie auch Rücksicht gegen ihre Behörden zu nehmen haben. Den Beamten sollte auch das Recht nicht genommen werden, in den kommunalen Körperschaften mitzuwirken. Den Gehilfen im Post- und Telegraphendienst muß die Möglichkeit der unfähigen Anstellung gegeben werden. (Beifall) Die Drucksachen sollten dienstlich in eilige und nicht eilige Sendungen verteilt werden. Für letztere wäre ein mäßiger Kostenzuschlag angebracht. Das ganze Geschäftsgebarung der Postverwaltung bedarf der Vereinfachung. Nach Möglichkeit müssen Maschinen eingeführt werden. Die Institution der Postkassanten wäre sehr nützlich und würde die Anerkennung unserer Postverwaltung allgemein machen.

Abg. Dertel (sonj.): Wir schließen uns der Anerkennung für den Staatssekretär durchaus an. Wir haben keinerlei Anlaß, an dem Etat Kritik zu üben, nur beantragen wir die Wiederherstellung der Otmarskulage. Ein gewisser fiskalischer Gesichtspunkt ist nötig, denn wir brauchen die Überschüsse der Post. Die Forderung auf eine neue Fernsprechnordnung muß immer wieder von neuem erhoben werden. Gegen die Beschäftigung weiblicher Beamten habe ich Bedenken, wenn ich auch nicht engherzig bin. Daß die Damen zu Fernsprechkassisten, ihrem Organismus entsprechend, sich besonders eignen, weiß ich nicht, jedenfalls sind die Ärzte anderer Meinung. Vielleicht läßt es sich so machen, daß die Damen, die nicht pensionsfähig sind, beim Ausscheiden eine Rente erhalten. Damit bekommen sie einen Mann und können edlerer und natürlicherer Beschäftigung zugeführt werden. (Weiterer) Gegen die Gehilfen in den Postämtern dritter Klasse haben wir schwere Bedenken. Im Fall Zahren konnte der Staatssekretär nicht anders handeln. Daß Verfehlungen der Postbeamten vorgekommen sind, die naturgemäß untersucht und eventuell bestraft werden müssen, ist bekannt. Der Staatssekretär wird das in ihn gesetzte Vertrauen auch weiterhin in vollstem Maße zum Nutzen für unsere Postverwaltung rechtfertigen.

Staatssekretär Kräfte: Zweifellos kann sich das platte Land nicht der postalischen Vorzüge der Großstadt erfreuen. Wir sind aber auf eine Verringerung der Verhältnisse sehr bedacht, was namentlich auf der Verbesserung im Telephonverkehr hervorgeht. Auch ich bedaure lebhaft, daß die Fernsprechnordnung nicht angenommen worden ist. Wenn wir aber mit einer neuen Vorlage kommen werden, kann ich heute noch nicht sagen. Die Beschäftigung weiblicher Be-

amten hat sich bewährt. In Österreich-Ungarn ist die Zahl der Beamtinnen noch viel größer und die Einrichtung ist gut. (Widerspruch rechts.) Auch für die Postagenten tun wir alles, was wir können. Eine bestimmte einheitliche Gehaltskala ist für sie aber nicht möglich. Den Postagenten kann nicht jederzeit Urlaub gewährt werden; sie müssen sich vertreten lassen. Die Palsbeförderung ist nicht durchweg von schnell-fahrenden Zügen ausgeschlossen. Sie muß aber beschränkt werden, da die Räume für den enorm wachsenden Briefverkehr gebraucht werden.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr pünktlich vertagt. Vorher Anfragen, außerdem Kolonialamts-etat. — Schluß 1/27 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

8 Berlin, 2. März.

Am Ministertisch: Dr. v. Dallwig, Dr. Lenz. Präsident Graf v. Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Gesetzes zur

Abänderung des Kommunalabgabengesetzes

in Verbindung mit der Interpellation der Abgg. Dr. Arendt und Genossen (freikons.), betreffend die Unterschiede in der finanziellen Belastung der Gemeinden.

Minister des Innern Dr. Dallwig behält sich vor, den Zeitpunkt für die Beantwortung der Interpellation zu bestimmen und ergreift zur Begründung des Gesetzesentwurfes das Wort: Das Kommunalabgabengesetz von 1893 hat sich im allgemeinen gut bewährt, es kann daher nur ein Weiterbauen auf dieser Grundlage in Frage kommen. Die finanzielle Belastung der Gemeinden, die in den letzten Jahren eine bedeutende Steigerung erfahren hat, bildet für die Regierung einen Gegenstand steter Sorge. Der Zweck des Gesetzes ist in der Hauptsache, den Gemeinden neue Finanzquellen zu eröffnen. Dieser Wunsch nach Eröffnung neuer Steuerquellen findet aber eine Beschränkung in der Rücksicht auf die vielfach schon jetzt hohe Belastung der Steuerzahler. Es kommt viel mehr darauf an, die vorhandenen Räden in dem System der Heranziehung zu neuen Steuern auszufüllen. Ferner ist in dem Entwurf eine Besserstellung der schwachen Gemeinden bei Teilung gemeinsamer Steuerobjekte, eine Erhöhung des Schutzes der Steuerzahler, eine Vereinfachung des Verfahrens und eine Einschränkung der Staatsaufsicht vorgesehen. Ich spreche allen denjenigen, die durch ihre Kritik und Rühmarmachung ihrer Erfahrungen der Staatsregierung bei Aufstellung des Entwurfes wertvolle Mitarbeit geleistet haben, meinen Dank aus. Möge der Entwurf, der aus den Erfahrungen der Praxis hervorgegangen ist, zur gedeihlichen Entwicklung unserer Kommunen und zum Segen des Vaterlandes beitragen. (Beifall rechts.)

Abg. v. Jacobi (sonj.): Das jetzige Kommunalabgabengesetz hat sich im wesentlichen bewährt. Deshalb wird ja durch die Vorlage an den Grundlagens des Gesetzes nichts geändert. Die hohe Belastung vieler, namentlich ländlicher Gemeinden, die in manchen Gegenden über 400 Prozent hinausgeht, macht eine Änderung des jetzigen Gesetzes notwendig. Ich bitte den Minister, uns

eine Statistik über die Belastung der Gemeinden vorzulegen. Jedenfalls ist ein Ausgleich in der Belastung der Gemeinden dringend geboten. Wichtig ist § 25, der einen Schutz landwirtschaftlicher Grundstücke enthält, namentlich solcher, die in der Nähe großer Städte liegen; sie sollten nicht nach dem gemeinen Wert, sondern nach dem Ertragswert veranlagt werden. Nach der Vorlage sollen nur die Grundstücke, die von ihrem Besitzer verwaltet werden, diese steuerliche Bevorzugung genießen. Wir fordern aber die Abänderung, daß auch die verpachteten Grundstücke an dieser Vergünstigung teilnehmen sollen. Jedenfalls dürfen die Grundstücke nicht über ihren Ertrag hinaus zur Steuer herangezogen werden. Als letztes Ziel muß bezeichnet werden die Einheitlichkeit der Kommunalbesteuerung in allen Gemeinden. Ich beantrage, den Gesetzesentwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen.

Abg. Kiel (natl.): Mit der Kommissionsverweisung sind wir einverstanden. Bei den hohen Zuschlägen, die viele Gemeinden und mittlere sowie kleinere Städte in dem Industriegebiet des Westens wie auch im Osten erheben müssen, kann man geradezu von einer

Finanznot der Städte

sprechen. Namentlich sind die Schullasten ganz außerordentlich gewachsen. Wenn wir es auch begrüßen, daß der § 53 des Gesetzes, wonach verschiedene Gemeinden die Schullasten allein aufzubringen haben, fortgefallen ist, so wünschen wir doch, daß die Regierung die Regelung der Schullasten möglichst bald und energisch in die Hand nimmt. Daß die Kapitalrentensteuer als Einnahmequelle den Kommunen entzogen worden ist, findet unsere Billigung. Weiter sind wir auch einverstanden mit der

Einführung der Verwaltungsgebühren und mit der Heranziehung von Grundstücken des Staates und von Bergwerks-gesellschaften.

Gegen die Heranziehung von Gesellschaften mit beschränkter Haftung haben wir Bedenken. Die Bestimmungen über den Schutz der Steuerzahler bringt Erleichterungen, die im ganzen unsere Billigung finden. Wir nehmen aber Anstoß daran, daß die Grundstücke, die nach dem Ertragswert veranlagt werden sollen, von dem Eigentümer selbst verwaltet werden müssen. Die Bestimmungen des § 25 können unter Umständen zu einer enormen Belastung der Industrie führen. Im allgemeinen aber bringt die Vorlage Gutes, so daß wir uns über Bedenken im einzelnen wohl verständigen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Wärmeling (Zentr.): Ich möchte zunächst anerkennen, daß mit dieser Vorlage große und gute Arbeit geleistet worden ist. Nachdem das jetzige Gesetz 20 Jahre lang bestanden hat, ist eine umfassende Revision notwendig geworden. Leider ist die Belastung vieler Gemeinden sehr groß. Im allgemeinen aber freuen wir uns über die schöne Entwicklung unserer Städte und sind stolz darauf. Freilich sind manche kleinen Gemeinden und Landstädte in der Entwicklung zurückgeblieben, daher gilt es, diese möglichst leistungsfähig zu machen. Angesichts der kostspieligen Bauten, die viele Gemeinden aufgeführt haben, ist

die Mahnung zur Sparsamkeit

gerechtfertigt. Für einen Ausgleich der Schullasten muß Sorge getragen werden. Kleinere Gewerbetreibende und kleine Geschäfte sollen möglichst schonend bei der Heranziehung zur Kommunalsteuer behandelt werden. Auch wir wollen nicht, daß nur die vom Eigentümer selbst verwalteten Grundstücke nach dem Ertragswert veranlagt werden. Dieselbe Vergünstigung verlangen wir auch für die verpachteten Grundstücke. Wir hoffen, daß der Gesetzesentwurf so aus der Kommission herauskommt, daß er den berechtigten Interessen sowohl der Gemeinden wie der Steuerzahler gerecht wird. (Beifall im Zentrum.)

Finanzminister Dr. Lenz:

Von den Vorrednern ist allgemein auf den Steuerdruck hingewiesen worden, der auf den Gemeinden lastet. Es ist auch betont worden, daß die Gemeinden mit ihren Einrichtungen und Bauten vielfach Luxus treiben. Von der Überweisung der Realsteuern, der Grund- und Gebäudesteuern und der Gewerbesteuer ist in den Finanzen der Gemeinden fast gar nichts mehr zu merken. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß das Anwachsen der Kommunallasten insbesondere durch die Erfüllung von Kulturaufgaben durch die Gemeinden verursacht worden sind, und

wir können den Städten nur Dank wissen dafür, daß sie so tapfere Kulturträger sind.

Die Städte sind weit davon entfernt, aus reinem Übermut so hohe Steuern zu erheben. Durch die Vorlage sollen nun den Städten neue Steuerquellen eröffnet werden. Der Staat unterwirft sein Eigentum der Besteuerung; auch die staatlichen Vergwerke werden herangezogen. Die Staatsaufsicht kann im allgemeinen in finanzieller Hinsicht nicht entbehrt werden. Sie wird aber in mehrfacher Hinsicht eingeschränkt, namentlich werden veraltete Bestimmungen über die doppelte Belastung der staatlichen Kontrolle beseitigt. Wir hoffen, daß wir in der Kommission zu einem ersprießlichen Resultat kommen werden.

Abg. Dr. Bredt (freikons.): Wir sind gerne bereit, auf der Grundlage der Vorlage an einer gedeihlichen Gestaltung der Kommunalabgaben mitzuarbeiten. Bezüglich des Ausgleichs der Schullasten haben wir einen Antrag gestellt, der bei einer anderen Gelegenheit behandelt werden wird. Durch die Reichsgesetzgebung ist die Ausnutzung des Wertzuwachses bei Grundstücken den Gemeinden beschränkt. Man hat zu viel herumexperimentiert. Man wollte damit die Boden-spekulation treffen, was man aber keineswegs erreicht hat. Den Minister möchte ich bitten, die Bodenreform nicht in der Weise zu propagieren, wie es a. d. V. von Seiten des Regierungspräsidenten in Frankfurt a. M. geschehen ist, der Herrn Damschke zu einem Vertrag veranlaßt hat. (Hört! Hört! rechts.) Nach den Lehren der Bodenreformer bleibt für die Privatwirtschaft überhaupt nichts mehr übrig. Wir wollen keine Einschränkung der Selbstverwaltung, wir wünschen aber auch kein Hineingreifen in die Privatwirtschaft, wo es nicht unbedingt nötig ist.

Abg. Gafel (Dpt.): Wir erkennen den Standpunkt des Finanzministers an, daß die Ausgaben der Gemeinden durch die Förderung von kulturellen, sozialpolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben hervorgerufen worden sind. Einverstanden sind wir damit, daß der Fiskus mit seinem Grundbesitz herangezogen wird, und ebenso, daß der Grundbesitz fremder Gemeinden der Besteuerung der Ortsgemeinde unter Umständen unterliegt. Mittlere und kleinere Gemeinden sollten möglichst geschont werden. Bei Grundstücken sind wir im allgemeinen für eine Veranlagung nach dem gemeinen Wert. Für landwirtschaftliche Grundstücke in der Nähe von großen Städten würde die Besteuerung nach dem gemeinen Wert eine große Härte bedeuten, und wir halten hier den Maßstab nach dem Ertragswert für gerechtfertigt.

Diejenigen, die einen Ausgleich hinsichtlich der Volksschul-lasten wünschen, sollten erst die Statistik abwarten, die uns über die Verschiedenheit der Schullasten in Aussicht gestellt ist. Wenn die Luxusbauten der großen Städte, namentlich Berlins, kritisiert worden sind, so sollte man sich hüten, die Bedeutung Berlins zu schmälern. Wir stimmen der Vorlage zu, weil durch sie die Kommunen entlastet werden, den Steuerzahlern der nötige Schutz gewährt wird und weil sie eine Einschränkung der Staatsaufsicht bringt. Wir erwarten, daß durch das Gesetz die Selbstverwaltung der Gemeinden gefördert werden wird. (Beifall links.)

Abg. Hirsch-Berlin (Sog.): Das Anschwellen der Kommunallasten ist insbesondere zurückzuführen auf die Polizeikosten, worauf die Städte mit königlicher Polizei keinen Einfluß haben.

Ich freue mich, daß der Finanzminister auf die Erfüllung von Kulturaufgaben durch die Gemeinden hingewiesen hat. Bedauerlich ist, daß der Entwurf den Gemeinden keine wesentlichen neuen Einnahmen bringt. Leider ist die Kapitalrenten-steuer vom Preussischen Städtetag abgelehnt worden. Auch die Ergänzungsteuer sollte für die Gemeinden herangezogen werden. Das Steuerprivileg der Geistlichen sollte beseitigt werden. Wir werden daran mitarbeiten, daß die Interessen der Gemeinden und der Steuerzahler gewahrt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf v. Spee (Zentr.): Die Besteuerung nach dem gemeinen Wert ist im Grunde eine Vermögenssteuer. Die Sozialdemokraten und die Bodenreformer wollen eine stärkere Heranziehung der Vermögen. Das weist auf die Gefahr hin, die mit einer Besteuerung des Vermögens verbunden ist. Von der Bestimmung des Gesetzes, wonach Pächter von landwirtschaftlichen Grundstücken nach deren gemeinem Wert herangezogen werden, würde der Westen hart betroffen werden. Wir sind erstaunt darüber, daß diese Bestimmung, die der Landwirtschaft sehr zum Nachteil gereichen würde, in das Gesetz hineingebracht worden ist.

Die Weiterberatung wird auf Dienstag 11 Uhr vertagt; außerdem zweite Lesung des Ausgrabungsgesetzes; kleinere Vorlagen. — Schluß 4 1/2 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Anträge zur Abänderung des Militärstrafgesetzbuches.

8. Berlin, 2. März. (Eig. Drahtbericht) Für die morgige erste Sitzung der Kommission zur Vorberatung der Novelle zum Militärstrafgesetzbuch hat der Abgeordnete Müller-Meinungen folgende Anträge gestellt: Die Kommission wolle beschließen, dem § 6 des Militärstraf-gesetzbuches folgenden zweiten Absatz anzufügen: Die

zu einer Kontrollversammlung einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes unterliegen dem Militärstrafgesetzbuch nur für die Dauer der Kontrollversammlung. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrags soll nach dem Vorschlag des fortgeschrittenen Kommissionsmitgliedes dem § 113 folgender zweiter Absatz beigelegt werden: Werden Handlungen nach §§ 89, 91 und 97 des Militärstrafgesetzbuches von den zu einer Kontrollversammlung einberufenen Personen des Beurlaubtenstandes gegen Vorgesetzte, Offiziere oder Unteroffiziere, die bei der Kontrollversammlung dienstlich tätig waren, in Beziehung auf die dort vorgenommenen Diensthandlungen nach Beendigung der Kontrollversammlung, aber noch am Tage der Kontrollversammlung, verübt, so finden die genannten Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches auch auf diese Handlungen Anwendung.

Eine Anfrage im Reichstag über das Salvarjan.

5. Berlin, 2. März. (Fig. Drahtbericht) Vier ärztliche Mitglieder des Reichstags, die Abgeordneten Dr. Veder-Schelen (Wid), Dr. Gerlach (Zentrum), Dr. Schay (Lif.) und Dr. Strube (Volksk.), haben folgende kurze Anfrage im Reichstag eingebracht: Durch die politische Tages- und medizinische Presse ging die Nachricht, daß durch die Behandlung Syphilitischer mit Salvarjan bereits mehrere hundert Todesfälle vorgekommen seien und daß diese Behandlungsweise schwere, teils dauernde, teils vorübergehende Gesundheitsstörungen im Gefolge gehabt hat. Ist der Herr Reichskanzler in der Lage und bereit, darüber Auskunft zu geben: 1. ob diese Nachricht auf Wahrheit beruht, 2. ob das Salvarjan sich im freien Verkehr befindet, 3. ob die im Salvarjan enthaltene Arsenmenge um das mehrfache die Maximaldosis, wie in der „Pharmakopöe“ vorgeschrieben ist, übersteigt, 4. ob die Todesfälle und Gesundheitsstörungen auf das im Salvarjan enthaltene Arsen zurückzuführen sind?

Ausführungen von Soldaten in Straßburg.

Wb. Straßburg, 2. März. Der heutige Polizeibericht meldet: Gestern abend zwischen 10 und 11 Uhr verübte eine größere Anzahl Soldaten (Pioniere) in mehreren Wirtschaften am Fischerstaden und in der Grubenaustraße einen derartigen Skandal, daß mehr-

mals eingeschritten werden mußte. Auch Sachbeschädigungen wurden verübt. Zivilisten waren nicht beteiligt. Anzeige ist erstattet.

Demission des Rüstungsrichters v. Schilling.

□ Stuttgart, 2. März. (Fig. Drahtbericht) Aus durch- aus zuverlässiger und einwandfreier Quelle verlautet, daß der Rüstungsrichter Professor Dr. Max v. Schilling beim König seine Entlassung gegeben habe. Ohne Zweifel hängt dies zusammen mit dem bekannten Internierungs- und Entmündigungsverfahren gegen die Schwiegermutter des Rüstungsrichters. Auf Grund der Äußerung hat der Innenminister eine fällige eine Prozedur einleiten lassen, durch die Schilling hars belästigt erscheint.

■ Berlin, 2. März. (Fig. Drahtbericht) Das Interesse des Kaisers für Ludwig Ganghofer hat sich jetzt von neuem befestigt. Auf Wunsch des Kaisers wird bei einer Festlichkeit, die am 16. März im Kronprinzen-Palais stattfindet, eine Komödie von Ganghofer gespielt werden. Es ist der Einakter „Tod und Leben“, der im vorigen Jahre im Berliner Lustspieltheater lebhaft gefiel. Unter Leitung des Direktors Barowsky werden es Schauspieler des Lustspieltheaters sein, die das Stück vor dem Hofe zur Aufführung bringen.

Wetterberichte.

Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Nass. Vereins für Naturkunde.

28 Februar	7 Uhr morgens	2 Uhr nachm.	9 Uhr abends	Mittel
Barometer auf 0° und Normalhöhe	758.6	758.2	756.3	757.7
Thermometer (Celsius)	6.3	9.1	2.7	6.4
Thermometer (Fahrenheit)	43.3	48.4	36.9	42.8
Relative Feuchtigkeit (%)	89	81	84	84.6
Wind-Richtung und -Stärke	NO 3	O 2	O 1	—
Niederschlagshöhe (mm)	0.1	—	—	—

Höchste Temperatur (Celsius) 9.2 Niedrigste Temperatur -0.5

1. März	7 Uhr morgens	2 Uhr nachm.	9 Uhr abends	Mittel
Barometer auf 0° und Normalhöhe	754.8	754.4	752.0	753.7
Thermometer (Celsius)	-0.6	7.9	5.9	4.4
Thermometer (Fahrenheit)	30.9	46.2	42.6	40.0
Relative Feuchtigkeit (%)	90	87	84	87.3
Wind-Richtung und -Stärke	S 2	SO 3	NO 1	—
Niederschlagshöhe (mm)	—	—	—	—

Höchste Temperatur (Celsius) 8.8 Niedrigste Temperatur -0.9

Industrie und Handel.

w. Diamantenregie. Berlin, 2. März. Die mehrmonatigen Verhandlungen, welche zwischen der Kolonialverwaltung und den Förderern zum Zwecke der Neugestaltung der Diamantenregie des südwestafrikanischen Schutzgebietes geführt wurden, sind soeben zum Abschluß gelangt. Die Regie wird künftig einen Aufsichtsrat von acht Personen besitzen, vier sollen aus den Kreisen der Förderer genommen werden. Weiter werden der Regie Vertreter der Diamantenschleifindustrie, des Diamantenhandels und allgemein kaufmännisch hervorragende Persönlichkeiten angehören. Bei Stimmengleichheit innerhalb des Aufsichtsrates entscheidet der Reichskommissar nach Maßgabe der öffentlichen Interessen. Die Anteile der Regiegesellschaft sollen so verteilt werden, daß der Fiskus des südwestafrikanischen Schutzgebietes und die Förderer je die Hälfte besitzen. Dadurch, daß der bisherige Aufsichtsrat mit seinen restlichen Mitgliedern auf Grund der erfolgten Veräußerung zurücktritt, ist das Ziel erreicht worden, daß die Regierung im Interesse aller an der Verwertung der südwestafrikanischen Diamantenbeteiligung als notwendig ansah. Die erheblichen Zugeständnisse, die den Förderern gleichzeitig gemacht sind, lassen die Hoffnung als berechtigt erscheinen, daß die von den Förderern in Aussicht gestellte bereitwillige Zusammenarbeit mit der Regierung zukünftig der Verwertung der Diamanten zugute kommt.

* Die Leipziger Frühjahrsmessermesse hat heute begonnen. Gegen 4000 in- und ausländische Aussteller haben die Messe besichtigt.

* Die Verlängerung der Kartellverträge im Seidenstoffgewerbe. Der Kartellvertrag zwischen dem Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche (Sitz Hamburg) und dem Verband der Seidenstofffabrikanten Deutschlands ist, wie die „Textilwoche“ erfährt, bis zum 1. Juni 1914 verlängert worden. Auch wegen Verlängerung des zwischen dem Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche und der Vereinigung der deutschen Samt- und Seidenwarengroßhändler abgeschlossenen Vertrages bis zu dem vorgenannten Termin sind Verhandlungen eingeleitet.

w. Dampfschiffahrtsgesellschaft „Argo“. Bremen, 2. März. In der heute stattgefundenen Aufsichtsratsitzung der Dampfschiffahrtsgesellschaft „Argo“ wurde beschlossen, der am 28. März einberufenen ordentlichen Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. gegen 10 Proz. im Vorjahr auf das erhöhte Aktienkapital vorzuschlagen.

Versicherungswesen.

* Die Württembergische Feuerversicherung auf Gegenseitigkeit in Stuttgart hat nach ihrem Jahresbericht über das Geschäftsjahr 1913, welcher der auf den 7. März einberufenen Generalversammlung unterbreitet werden soll, im allgemeinen befriedigende Ergebnisse erzielt, obgleich die Brandschäden gegenüber dem Vorjahre nicht unerheblich höher sind, und auch in diesem Jahre wieder auf Wertpapiere 165 045 M. abgeschrieben werden mußten. Der gesamte Überschuß beträgt 3 895 250 M. (Vorjahr 2 621 934 M.). Hiervon sind 3 468 549 M. bestimmt zur Gewährung der Dividende an die versicherten Mitglieder in der seit 35 Jahren unveränderten Höhe von 60 Proz. der Bruttoprämie der Rest wird zur Verstärkung der freien Reserven um 326 702 M. (Vorjahr 327 025 M.) verwendet. Im einzelnen betragen am Schluß des Geschäftsjahrs: die Zahl der Versicherten 283 307 (mehr 27 546), die Gesamtversicherungssumme 2 579 186 944 M. (mehr 205 518 308 M.), die Bruttoprämie 6 151 474 M. (mehr 522 863 M.), die Brandschäden 1 674 366 M. (mehr 169 584 M.). Die freien Reserven erhöhen sich auf 17 512 581 M., die geschäftsplanmäßigen Überträge (reservierte Dividende, Prämienüberträge und Schadenreserve) um 513 596 M. auf 6 294 503 M. Das Bruttovermögen der Anstalt ist angewachsen auf 24 282 752 M. (mehr 985 852 M.), der Jahresertrag des Vermögens auf 999 189 Mark (mehr 56 980 M.). Schließlich ist noch zu erwähnen, daß mit Genehmigung des Aufsichtsrates den ständig angestellten Beamten mit Wirkung vom 1. Januar 1914 ab ein Anspruch auf Erziehungsbeiträge für Kinder unter 18 Jahren im Hinblick darauf eingeräumt worden ist, daß der Aufwand für die Unterhaltung und Erziehung von Kindern namentlich von solchen Beamten besonders drückend empfunden wird, die lediglich auf ihren Gehalt angewiesen sind.

22 = Reklamen. = 22

Die Hebung unseres Körpergewichts.

Von einem Spezialisten.

Die meisten Menschen nehmen täglich vier bis sechs Pfund fette, fettproduzierende Nahrung zu sich, und ihr Körpergewicht und Umfang ändern sich nicht im geringsten, während andererseits runde und „umfangreiche“ Personen nur ganz leichte Essen und dabei immer mehr zunehmen. Es ist ein Irrtum zu behaupten, daß Lage so in der Natur des menschlichen Individuums. So ein Zustand ist kein natürlicher. Magere Leute bleiben mager, weil ihr Stoffwechsel defekt ist. Sie absorbieren gerade genug von der eingenommenen Nahrung, um das Leben und den Anschein von Gesundheit und Stärke zu erhalten. Da hilft auch kein Stopfen, und von irgendwelchen im Tag bleibt kein Pfund bei ihnen. Alle fettproduzierenden Elemente der Nahrung passieren unbeeinträchtigt den Verdauungsapparat und gehen unverbraucht wieder ab, eine richtige Verdaulichkeit. Solche Leute brauchen etwas, was diese Elemente assimilieren hilft, daß sie ins Blut übergehen und vom Blutkreislauf aus den dünnen Zellgeweben ausgetrieben werden, etwas was die roten Blutkörperchen vergrößert und die Verteilung der Nährstoffmengen durch das Blut anregt, fördert. Für diesen Zweck empfehle ich immer folgendes Rezept: 15 gr. Cardamomtinktur, 80 gr. Salado comp. und 10 gr. einfachen Zucker, dazu genügend destill. Wasser zum Auffüllen einer 250-ccm-Flasche. Das Rezept kann in jeder Apotheke oder Drogerie zusammengekauft werden; nehmen Sie davon 20 Minuten vor jeder Mahlzeit regelmäßig 1 bis 2 Esslöffel ein, die Gewichtszunahme ist oft ganz erheblich und nimmt von Woche zu Woche zu. Seine verdauungsfördernden, kräftigenden Eigenschaften kommen bei Entkräftung sehr zu nützen und geben auch älteren Leuten neue Lebenskraft und Energie. Wenn Ihr Körpergewicht unter dem Normal ist, wenn Ihr Verdauungs- oder Kreislauf nicht so funktioniert wie es sollte, versuchen Sie das genannte Rezept, und Sie werden sehen, wie schnell es hilft. F 481

PEBECO ZAHNPASTA

verhindert den Ansatz von Zahnstein und erhält die Zähne rein und gesund! Große Tube 1 M. Kleine Tube 60 Pf.

Handelsteil.

Commerz- und Disconto-Bank.

w. Berlin, 2. März. In der Aufsichtsratsitzung der Commerz- und Discontobank vom 2. März legte die Direktion die Abrechnung für das Geschäftsjahr 1913 vor. Es wurde beschlossen, der auf den 2. April d. J. einberufenen Generalversammlung

die Verteilung einer Dividende von 8 Proz.

auf 85 Mill. M. Aktienkapital vorzuschlagen. Das Gewinn- und Verlustkonto sowie die Bilanz weisen folgende Ziffern auf: Gewinn- und Verlustkonto: Einnahmen: Gewinnvortrag 1913 879 666 M. (1912 667 560 M.), Zinsen 8 152 060 M. (7 724 890 M.), Provision 5 001 638 M. (4 943 400 M.), Gewinn auf Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen 164 513 M. (673 493 M.), Kursgewinn auf Wechseln 652 975 M. (593 727 M.), Kursgewinn auf Sorten und Zinsscheine 111 195 M. (85 530 M.), In Summa 14 962 948 M. (14 701 620 M.). Ausgaben: Unkosten 6 478 424 M. (6 481 961 M.), Steuern 550 866 M. (543 920 M.), Abschreibungen auf Bankgebäude und Inventar 438 983 M. (461 780 M.), Reingewinn 7 499 675 M. (7 233 978 M.). In Summa 14 962 948 M. (14 701 620 M.). Die Verteilung des Reingewinns wird wie folgt vorgeschlagen: Dividende 6 Proz., 5 100 000 M. (5 100 000 M.), Rückstellung für Talonsteuer 85 000 M. (85 000 M.), in den Reservefonds II 500 000 M. (500 000 M.), in den Beamten-Pensions- und Unterstützungsfonds 120 000 M. (120 000 M.), Tantieme an den Aufsichtsrat 251 550 M. (245 141 M.), Tantieme an den Vorstand 301 801 M. (294 170 M.), Vortrag 1 141 373 M. (879 666 M.), davon 1913: Wehrbeitrag 200 000 M., Gewinnvortrag auf 1914 941 373 M., zusammen 1 141 373 M. In Summa 7 499 675 M. (7 233 978 M.).

Berliner Nachbörse.

4. Berlin, 2. März. (Per Ultima.)

Kreditaktien	—	Kanada	214 1/4	Rhein. Stahlw.	163 1/2
Hand.-Gesell.	163 1/4	Orientbahn	199 1/4	Rombacher	164
Commerzbank	123 1/2	Meridional	160 1/4	Pakettfahrt	143 1/2
Darmstadt. Bank	123 1/2	Pennsylvania	—	Hamb.-Südsee	182 1/2
Deutsche Bank	269 1/2	Henn.	161 1/4	Hann.-Dampsch.	297
Disco.-Kommand.	198	400 Russen (1903)	91 1/4	Lloyd	125 1/2
Dresdner Bank	158 1/2	Türkische	169 1/2	Dynamit-Trust	176 1/2
Nationalbank	117 1/2	Ausw.-Friede	167 1/2	Naphtha-Nobel	408
Schaffhausen	105 1/2	Bochumer	226 1/2	Allg. Elektrizität	249 1/2
Pei. Int. Händl.	210 1/2	Luxemburger	144 1/2	D.-Oberst.	178 1/2
Lib.-Büchener	195 1/2	Oelsenkirchen	195 1/2	Siemens	221 1/2
Schantungsbahn	141	Harpener	168 1/2	Schuckert	159 1/2
Lombarden	22 1/2	Hohlelohw.	183 1/2	Gen. I. elektr.	172
Anatolier	116 1/2	Laurahütte	162 1/2	Untern.	172
Baltimore	95 1/2	Phönix	244	South-Westaf.	118 1/2

Frankfurter Nachbörse.

Frankfurt a. M., 2. März. Kurse von 1 1/4 bis 3 1/4 Uhr. Kreditaktien 207 —, Disconto-Commandit 198 1/4, Dresdner Bank —, Petersb. Int. Handelsbank 212 —, Staatsbahn 166 1/4, Lombarden 22 1/2, Baltimore und Ohio 92 1/2, Schantung 141 —, Pakettfahrt —, Nordl. Lloyd —, Phönix 243 1/2, Edison 249 1/2.

Banken und Geldmarkt.

* Reichsbank. Der Status der Reichsbank bis 27. v. M. zeigt eine starke Inanspruchnahme des Instituts. Der Metallbestand ist um 28 Mill. M. um 4 Mill. M. niedriger, Wechsel und Lombard sind um 83 (67) Mill. M. höher.

w. Die Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen verteilt eine Dividende von 7 Proz. (wie in den letzten 8 Jahren). Der Reingewinn beträgt 2 687 847 M. (2 362 291 M.).

* Bayerische Notenbank. Die Generalversammlung der Bayerischen Notenbank in München setzte die Dividende auf 11 (v. 12) Proz. fest.

* Budapest Stadtsanleihe. Der Abschluß der 150 Mill. Kronen betragenden Budapest 4 1/2 Proz. Stadtsanleihe steht bevor. Die Emission ist zu ca. 89 Proz. in Deutschland, Ungarn, England, Belgien, Holland und in der Schweiz geplant. Der deutschen Gruppe gehören die Dresdner Bank, die Darmstädter Bank, die Commerz- und Discontobank, die Deutsche Effecten- und Wechselbank in Frankfurt a. M. und das Haus M. M. Warburg u. Co. an.

Genossenschaftswesen.

Landwirtschaftliche Zentral-Darlehnskasse für Deutschland. Das Jahresergebnis der Landwirtschaftlichen Zentral-Darlehnskasse für Deutschland (Raiffeisenbank) für 1913 setzt die Verwaltungsmasse in die Lage, der Generalversammlung außer einer starken Speisung des Reservefonds, der hierdurch 1 Million Mark übersteigen wird, die Verteilung der höchstzulässigen Dividende (4 Proz.) vorzuschlagen. Daneben ist auch im abgelaufenen Jahre — zum dritten Male — für die an der Gebühreneinzahlung von 750 M. beteiligten Genossenschaften die Jahresrückstellung von je 50 M. vorgenommen worden.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister A Nr. 643 wurde bei der Firma „Wiesbadener Molkerei, Kur- und Kindermilchanstalt Dr. Köster u. Reimund“ mit dem Sitz in Wiesbaden eingetragen, daß das Geschäft auf die Frau Dr. Arno Köster, Elisabeth, geb. Timmer, zu Wiesbaden in ungeteilter Erbengemeinschaft mit ihren Kindern: a) Alfred, geb. 14. Dezember 1893, b) Georg, geb. 6. Oktober 1898, c) Johannes, geb. 10. Dezember 1899, d) Gustav, geb. 30. März 1901, übergegangen ist.

Schiffs-Nachrichten.

Abfahrt der Dampfer aus den europäischen Häfen vom 8. bis 22. März.

Dampfer	Abfahrt von	Barium-Ort	Gesellschaft
Batavia	Hamburg	8. März	Hamb.-Am.-L.
Mauretania	Liverpool	8. März	Cunard L.
Alex. Wilmann	Hamburg	9. März	Westk. Afr.
Cap Trafalgar	Hamburg	10. März	La Plata
Kronprinz-Oskar	Hamburg	10. März	Nordl. Lloyd
Imperator	Hamburg	11. März	Hamb.-Am.-L.
Ingert	Hamburg	11. März	Westk. Afr.
Peoples	Hamburg	11. März	H.-Süd.-D.-G.
Magdalena	Southampton	11. März	Roy. Mail Pac.
New York	Southampton	11. März	American L.
Arabia	Liverpool	11. März	White Star L.
Gelia	Amsterdam	11. März	Argentinien
Oruba	Southampton	12. März	New York
Cedric	Liverpool	12. März	White Star L.
Amazon	Southampton	12. März	Argentinien
Portugal	Marseille	13. März	Indien
Alte Wismann	Hamburg	13. März	Westk. Afr.
Mantua	London	13. März	Bombay
Lapland	Amsterdam	14. März	New York
Rembrandt	Amsterdam	14. März	Batavia
Barbarossa	Bremen	14. März	New York
Campatia	Liverpool	14. März	Queenstown
Pennsylvania	Hamburg	14. März	New York
Sardinia	London	14. März	Hamb.-Am.-L.
New Amsterdam	Amsterdam	14. März	Holl.-Am.-L.
Ed. Wismann	Hamburg	15. März	Westk. Afr.
Kronprinz Wilh.	Bremen	17. März	La Plata
Cap Vilano	Hamburg	17. März	Westk. Afr.
Carmania	Liverpool	17. März	Queenstown
Pisa	Hamburg	17. März	Batavia
Santos	Hamburg	18. März	M.-Brasilien
Lisow	Bremen	18. März	Ostasien
Olympus	Southampton	18. März	New York
Sierra Nevada	Bremen	18. März	Argentinien
Maia	Bremen	19. März	Philippinen
Dienstadt	Marseille	19. März	Indien
Ortega	Liverpool	19. März	Südamerika
Gundrun	Hamburg	19. März	Länderst.
Ingert	Hamburg	19. März	Westk. Afr.
Buenos Aires	Hamburg	20. März	La Plata
Fürst Bülow	Hamburg	20. März	Ostasien
Karnak	Marseille	20. März	Beyrouth
Arasuya	Southampton	20. März	Südamerika
Morea	London	21. März	Colombo
Nordland	London	21. März	Colombo
Seydlitz	Bremen	21. März	New York
Vaderland	Amsterdam	21. März	New York
Noordam	Amsterdam	21. März	New York
Laurentia	Liverpool	21. März	Queenstown
Präsident Lincoln	Hamburg	21. März	New York
Edw. Wismann	Hamburg	22. März	Länderst.
Cordillera	Marseille	22. März	China

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 18 Seiten und die Verlagsbeilage „Der Roman“.

Verantwortl. Red. H. Degerberg.

Verantwortl. für den politischen Teil: H. Degerberg, für den literarischen Teil: H. Degerberg, für den sportlichen Teil: H. Degerberg, für den wissenschaftlichen Teil: H. Degerberg, für den künstlerischen Teil: H. Degerberg, für den technischen Teil: H. Degerberg, für den medizinischen Teil: H. Degerberg, für den juristischen Teil: H. Degerberg, für den historischen Teil: H. Degerberg, für den geographischen Teil: H. Degerberg, für den ethnologischen Teil: H. Degerberg, für den zoologischen Teil: H. Degerberg, für den botanischen Teil: H. Degerberg, für den mineralogischen Teil: H. Degerberg, für den geologischen Teil: H. Degerberg, für den meteorologischen Teil: H. Degerberg, für den astronomischen Teil: H. Degerberg, für den physikalischen Teil: H. Degerberg, für den chemischen Teil: H. Degerberg, für den biologischen Teil: H. Degerberg, für den anthropologischen Teil: H. Degerberg, für den psychologischen Teil: H. Degerberg, für den pädagogischen Teil: H. Degerberg, für den medizinischen Teil: H. Degerberg, für den juristischen Teil: H. Degerberg, für den historischen Teil: H. Degerberg, für den geographischen Teil: H. Degerberg, für den ethnologischen Teil: H. Degerberg, für den zoologischen Teil: H. Degerberg, für den botanischen Teil: H. Degerberg, für den mineralogischen Teil: H. Degerberg, für den geologischen Teil: H. Degerberg, für den meteorologischen Teil: H. Degerberg, für den astronomischen Teil: H. Degerberg, für den physikalischen Teil: H. Degerberg, für den chemischen Teil: H. Degerberg, für den biologischen Teil: H. Degerberg, für den anthropologischen Teil: H. Degerberg, für den psychologischen Teil: H. Degerberg, für den pädagogischen Teil: H. Degerberg, für den medizinischen Teil: H. Degerberg, für den juristischen Teil: H. Degerberg, für den historischen Teil: H. Degerberg, für den geographischen Teil: H. Degerberg, für den ethnologischen Teil: H. Degerberg, für den zoologischen Teil: H. Degerberg, für den botanischen Teil: H. Degerberg, für den mineralogischen Teil: H. Degerberg, für den geologischen Teil: H. Degerberg, für den meteorologischen Teil: H. Degerberg, für den astronomischen Teil: H. Degerberg, für den physikalischen Teil: H. Degerberg, für den chemischen Teil: H. Degerberg, für den biologischen Teil: H. Degerberg, für den anthropologischen Teil: H. Degerberg, für den psychologischen Teil: H. Degerberg, für den pädagogischen Teil: H. Degerberg, für den medizinischen Teil: H. Degerberg, für den juristischen Teil: H. Degerberg, für den historischen Teil: H. Degerberg, für den geographischen Teil: H. Degerberg, für den ethnologischen Teil: H. Degerberg, für den zoologischen Teil: H. Degerberg, für den botanischen Teil: H. Degerberg, für den mineralogischen Teil: H. Degerberg, für den geologischen Teil: H. Degerberg, für den meteorologischen Teil: H. Degerberg, für den astronomischen Teil: H. Degerberg, für den physikalischen Teil: H. Degerberg, für den chemischen Teil: H. Degerberg, für den biologischen Teil: H. Degerberg, für den anthropologischen Teil: H. Degerberg, für den psychologischen Teil: H. Degerberg, für den pädagogischen Teil: H. Degerberg, für den medizinischen Teil: H. Degerberg, für den juristischen Teil: H. Degerberg, für den historischen Teil: H. Degerberg, für den geographischen Teil: H. Degerberg, für den ethnologischen Teil: H. Degerberg, für den zoologischen Teil: H. Degerberg, für den botanischen Teil: H. Degerberg, für den mineralogischen Teil: H. Degerberg, für den geologischen Teil: H. Degerberg, für den meteorologischen Teil: H. Degerberg, für den astronomischen Teil: H. Degerberg, für den physikalischen Teil: H. Degerberg, für den chemischen Teil: H. Degerberg, für den biologischen Teil: H. Degerberg, für den anthropologischen Teil: H. Degerberg, für den psychologischen Teil: H. Degerberg, für den pädagogischen Teil: H. Degerberg, für den medizinischen Teil: H. Degerberg, für den juristischen Teil: H. Degerberg, für den historischen Teil: H. Degerberg, für den geographischen Teil: H. Degerberg, für den ethnologischen Teil: H. Degerberg, für den zoologischen Teil: H. Degerberg, für den botanischen Teil: H. Degerberg, für den mineralogischen Teil: H. Degerberg, für den geologischen Teil: H. Degerberg, für den meteorologischen Teil: H. Degerberg, für den astronomischen Teil: H. Degerberg, für den physikalischen Teil: H. Degerberg, für den chemischen Teil: H. Degerberg, für den biologischen Teil: H. Degerberg, für den anthropologischen Teil: H. Degerberg, für den psychologischen Teil: H. Degerberg, für den pädagogischen Teil: H. Degerberg, für den medizinischen Teil: H. Degerberg, für den juristischen Teil: H. Degerberg, für den historischen Teil: H. Degerberg, für den geographischen Teil: H. Degerberg, für den ethnologischen Teil: H. Degerberg, für den zoologischen Teil: H. Degerberg, für den botanischen Teil: H. Degerberg, für den mineralogischen Teil: H. Degerberg, für den geologischen Teil: H. Degerberg, für den meteorologischen Teil: H. Degerberg, für den astronomischen Teil: H. Degerberg, für den physikalischen Teil: H. Degerberg, für den chemischen Teil: H. Degerberg, für den biologischen Teil: H. Degerberg, für den anthropologischen Teil: H. Degerberg, für den psychologischen Teil: H. Degerberg, für den pädagogischen Teil: H. Degerberg, für den medizinischen Teil: H. Degerberg, für den juristischen Teil: H. Degerberg, für den historischen Teil: H. Degerberg, für den geographischen Teil: H. Degerberg, für den ethnologischen Teil: H. Degerberg, für den zoologischen Teil: H. Degerberg, für den botanischen Teil: H. Degerberg, für den mineralogischen Teil: H. Degerberg, für den geologischen Teil: H. Degerberg, für den meteorologischen Teil: H. Degerberg, für den astronomischen Teil: H. Degerberg, für den physikalischen Teil: H. Degerberg, für den chemischen Teil: H. Degerberg, für den biologischen Teil: H. Degerberg, für den anthropologischen Teil: H. Degerberg, für den psychologischen Teil: H. Degerberg, für den pädagogischen Teil: H. Degerberg, für den medizinischen Teil: H. Degerberg, für den juristischen Teil: H. Degerberg, für den historischen Teil: H. Degerberg, für den geographischen Teil: H. Degerberg, für den ethnologischen Teil: H. Degerberg, für den zoologischen Teil: H. Degerberg, für den botanischen Teil: H. Degerberg, für den mineralogischen Teil: H. Degerberg, für den geologischen Teil: H. Degerberg, für den meteorologischen Teil: H. Degerberg, für den astronomischen Teil: H. Degerberg, für den physikalischen Teil: H. Degerberg, für den chemischen Teil: H. Degerberg, für den biologischen Teil: H. Degerberg, für den anthropologischen Teil: H. Degerberg, für den psychologischen Teil: H. Degerberg, für den pädagogischen Teil: H. Degerberg, für den medizinischen Teil: H. Degerberg, für den juristischen Teil: H. Degerberg, für den historischen Teil: H. Degerberg, für den geographischen Teil: H. Degerberg, für den ethnologischen Teil: H. Degerberg, für den zoologischen Teil: H. Degerberg, für den botanischen Teil: H. Degerberg, für den mineralogischen Teil: H. Degerberg, für den geologischen Teil: H. Degerberg, für den meteorologischen Teil: H. Degerberg, für den astronomischen Teil: H. Degerberg, für den physikalischen Teil: H. Degerberg, für den chemischen Teil: H. Degerberg, für den biologischen Teil: H. Degerberg, für den anthropologischen Teil: H. Degerberg, für den psychologischen Teil: H. Degerberg, für den pädagogischen Teil: H. Degerberg, für den medizinischen Teil: H. Degerberg, für den juristischen Teil: H. Degerberg, für den historischen Teil: H. Degerberg, für den geographischen Teil: H. Degerberg, für den ethnologischen Teil: H. Degerberg, für den zoologischen Teil: H. Degerberg, für den botanischen Teil: H. Degerberg, für den mineralogischen Teil: H. Degerberg, für den geologischen Teil: H. Degerberg, für den meteorologischen Teil: H. Degerberg, für den astronomischen Teil: H. Degerberg, für den physikalischen Teil: H. Degerberg, für den chemischen Teil: H. Degerberg, für den biologischen Teil: H. Degerberg, für den anthropologischen Teil: H. Degerberg, für den psychologischen Teil: H. Degerberg, für den pädagogischen Teil: H. Degerberg, für den medizinischen Teil: H. Degerberg, für den juristischen Teil: H. Degerberg, für den historischen Teil: H. Degerberg, für den geographischen Teil: H. Degerberg, für den ethnologischen Teil: H. Degerberg, für den zoologischen Teil: H. Deger

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Zagbiati-banó“.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends

Wöchentlich



12 Ausgaben.

Значит:

„Tagblatt-Presse“ Nr. 6650-53.

Son 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags

Zeugnis-Breis für beide Ausgaben: 70 Hg. monatlich. **W. 2.** vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 11, ohne Bringer zum **W. 3.** vierteljährlich durch alle braunen Postanstalten, aufserhalb Berlücks. — **Zeugnis-Berechtigungen** nehmen ausserdem entgegen: in Wien bei der **Wirtshaus-Moderation** **W. 3.**, sowie die **Ausgabenstellen** in allen Teilen der Stadt; in **Wien** bei den dortigen **Ausgabenstellen** und in den benachbarten **Landorten** und im **Reichsgau** die betreffenden **Tagblatt-Träger**.

Anzeigenpreis für die Seite: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Meiner Kassei“ in einheitlicher Spaltenform; 20 Pf. in davon abweichender Gestaltung, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtsigen Anzeigen; 1 Wit. für lokale Anzeigen; 2 Wit. für auswärtsigen Anzeigen. Ganze, halbe, viertel und viertel Seiten, durchgezogen, nach beiderseitiger Verständigung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabate.

Einzeigen-Nachnahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags, für die Morgen-Ausg. bis 5 Uhr nachmittags.

Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Glinckestr. 66, Fernspr.: Amt 11land 450 u. 451.

Für die Aufnahme von Anzeigen an sonstigen Tagen wird keine Gewähr übernommen.

Dienstag, 3. März 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 104. • 62. Jahrgang.

Der Konflikt im Schoß der italienischen Regierung.

Von unserem römischen Korrespondenten.

S. 91um, 1. Rārā.

Es war in den Wärtagen des Jahres 1911, als Herr Giolitti in die Deputiertenkammer kam und Herrn Luzzatti, dem damaligen Rabinettchef, ein Bein stellte. Herr Luzzatti, der knapp dreiviertel Jahre gewirksamhaftet hatte, kam zu Fall und ging. Herr Giolitti wurde sein Nachfolger. Weshalb er damals den alten doktrinarären Herrn aus dem Sattel warf, ist eigentlich auch heute noch nicht recht klar geworden. Herr Luzzatti hatte eine Wahlrechtsreform eingebracht, die ehedem von Giolitti als zu weitgehend bekämpft worden war. Nun dieser aber in der Regierung saß, erweiterte er die Luzzattische Reform noch viel mehr. . . . Unbegreiflich! Man sagte, Herr Giolitti hätte mit seinem allgemeinen Wahlrecht die breiten Volksmassen für sein libysches Unternehmen gewinnen wollen. Auch das mag nicht ganz stimmen. Denn Herr Giolitti wollte sich für den Krieg wegen Libyen zu allererst begeistern, als er seine Wahlrechtsreform schon längst zur Genehmigung vorgelegt hatte.

Der Giolittischen Unbegreiflichkeiten werden immer mehr. Er hat während des Krieges als Bolittier mit unlegbarem Gesicht überiert. Jetzt aber scheint er von allen guten Geistern verlassen zu sein. Und das ist schade, nicht zum wenigsten auch darum, weil Herr Giolitti das Bündnis mit Deutschland und Oesterreich in einer Weise gepflegt hat, wie vor ihm in Italien nur noch Crispi. Es ist zu beforgen, daß Giolittis Nachfolger im Amt sich die Dreibundspflege nicht mit der gleichen Liebe angedeihen läßt. Herr Ruzzatti würde das bestimmt nicht tun. Denn er ist zwar kein Dreibundgegner, aber ein erprobter Freund der Franzosen, der dem Komitee für die Wiederannäherung zwischen Frankreich und Italien nahesteht. Wenn auch Herr Ruzzatti noch wenig Aussicht hat, das Erbe Giolittis anzutreten, so kann doch sehr leicht ein Freund und Gefinnungsgenosse Ruzzattis die Regierung übernehmen. . . .

Die Regierungstage des Herrn Giolitti sind gezählt. Seine Lage ist nach dem heftigen persönlichen Zusammenstoß mit seinem Amtsvorgänger am vergangenen Freitag noch prekärer geworden. Denn dies Rencontre hat uns, von allem anderen abgesehen, gezeigt, daß Herr Giolitti seiner radikalen Gesellschafft absolut nicht sicher ist. Zu der letzteren gehört auch der Arbeitsminister Sacchi, der indirekt schuld an dem Zusammenstoß zwischen Giolitti und Luzzatti ist. Die radikale Partei hatte vor kurzem einen Kongreß abgehalten, auf dem erzählt wurde, das Ministerium befreite die Ausgabe von 40 bis 50 Millionen Lire für innere Kolonisationen vor. Das ließen sich die radikalen Parteiführer um so lieber gefallen, als

es ohnehin schwer wird, dem Volke die ungeheuren Ausgaben für Libyen schmachhaft zu machen. Der genannte Arbeitsminister Sacchi und der Schatzminister Tedesco hatten damals erklärt, die Regierung würde diese Millionen aus der „Depositen- und Darlehnskasse“ für Bonifikationen alljährlich bereitstellen. Als aber am Freitag ein sozialistischer Deputierter meinte, man solle lieber die für Libyen geforderten Summen für innere Kolonisationen verwenden und als darauf Herr Ruzzatti auf die Erklärungen der beiden Minister Sacchi und Tedesco hinwies, da sprang Giolitti von seinem Sessel auf und schrie in den Saal hinein: „Das ist nicht wahr!“ Er warf alsdann Herrn Ruzzatti Verlogenheit vor. Es gab einen überaus peinlichen Auftritt, der dadurch in seiner Wirkung zuungunsten des Kabinettschefs nicht gemildert wurde, daß der Minister Tedesco für den letzteren einzuspringen suchte, während der radikale Sacchi um den heißen Brei herumredete.

Es ist daher unvermeidlich, daß eine Spaltung in der Regierung eintritt. Die Sozialisten haben schon am Freitag in der Kammer ein förmliches Triumphgeheul angestimmt. Sie glauben es jetzt Schwarz auf Weiß zu haben, daß die Regierung in ihrer wachsenden Finanznot Ribbens wegen jetzt nicht einmal mehr ihre Versprechungen für Bauten und Anlagen im Dienst der inneren Kolonisation (obwohl Giolitti diese Versprechungen im Namen seines Ministeriums nie gemacht haben will!) halten kann. Die sozialistischen Argumente werden unterstützt durch ein höchst ungeheures Finanzergreß des Schatzministers Tedesco, aus dem hervorgeht, daß die Regierung durch eine übel angebrachte Vorkehrungswirtschaft zugunsten der Ausgaben für Ribben eine Bilanzverlärgerung vorgenommen hat, die im Augenblick aufzage tritt, wo Giolitti Rechenschaft über das Ribbische Unternehmen geben soll und wo er das Abgeordnetenhaus um neue schwere Steuern bitten muß. Es kann unmöglich gut stehen, wenn er Millionen über Millionen für innere Kolonisationen, zu Eisenbahnbauten und andere dringliche Arbeiten zurückerstellen muß, um Geld für Ribben aufzutreiben. Wir stehen erst am Beginn einer bösen Entwicklung.

Der Rüdtritt Giolittis sicher.

wb. Rom, 3. März. Die das Reabeler Blatt „Roma“ zu melden weiß, gilt der Rücktritt des Ministers des Innern Violitti als sicher bevorstehend.

Politische Übersicht.

Machenschaften gegen den Reichskanzler.

In der Reichstagsauflösung scheinen die Konservativen ein Haar gefunden zu haben. Sie verlangen sie nicht mehr, wahrscheinlich, weil sie sich davon überzeugt haben, daß die entscheidende Stelle solchen Ein-

Fenilleton.

Residenz-Theater.

Montag, den 2. März: Erstes Gastspiel Agnes
Norma: „Norns großes Verg.“ Lustspiel in drei Akten
von Norrla Holm.

Auch Agnes Sorma ist, wie alljährlich, in das Pfand-
Theater gekommen, um mit ihrer großen Kunst die Wies-
badener zu erfreuen, und da sie in einem neuen Stück auftrat
und sowohl der Mäntlerin in dieser Rolle wie auch dem Stück
selbst ein guter Ruf vorausging, so war das Theater ausver-
kauft.

Eine erfreuliche Tatsache für die Künstlerin und — für die Zuschauer. Denn vor gestern Abend fehlte, hat etwas verfehlt. Agnes Borma fand in der Figur der Mary wieder einmal eine Rolle, die ihrem Temperament, ihrer Wesensart besonders gut liegen. Denn die Künstlerin ist nicht nur in tragischen Momenten groß, das Spielerische, Aroette liebet sie wunderbar. Sie weiß eine Fülle Abtufungen zu bringen, ihre Schelmerei, ihr Lachen entzünden und wirken in der Rolle der Mary durchaus nicht abgeschwächt.

Es handelt sich hier um eine Frau von vierzig oder auch mehr Jahren, die ihre Jugend mit aller Macht zurückrufen will, die sich freut, daß sie so viele Verehrer und Abenteuer hat, daß ihre Freundinnen neidisch auf sie sind und sich nicht so jung erhalten wie sie. Mit Zögnerischen wird sie Großmutter, empfindet keine Freude an dem Enkelkinder, empfindet nur, daß sie alt wird und ihre Kinder erwachsen sind. Schließlich gibt sie aber doch nach und willigt ein, sich aufs Allentliebe zu sehen¹, damit ihre jüngste Tochter ebenfalls heiraten kann. Dieses plötzliche Reagieren hätte wohl sonst gestört und dem Stück, das so satirisch ist, etwas Bässiges gegeben, so etwas, als wolle der Verfasser die Zuschauer verführen mit manchen Impertinenzen, mit der Dosis Hygnismus und der Realität, die er dem Stück beimißte und die es recht lebendig machten. Agnes Sorma aber wußte diese Wendung geschickt auszunutzen und Frau Mary verschaffte sich einen glänzenden Ab-

gang. Sie läßt alle im unklaren und niemand glaubt ihr so recht, daß sie fortan eine zweite Rolle im Leben spielen wird. Sie spricht bis zuletzt vor Lebenslust und Schelmerei und führt sie alle an der Nase herum.

Der ausgezeichneten Leistung der großen Künstlerin schlossen sich die Leistungen der einheimischen Kräfte mit bestem Willen an. Das Ensemble war vorzüglich eingepieft und so durften auch die übrigen Teilnehmer am Erfolg des Abends teilnehmen. Besonders zu loben wäre Herr Joseph Commer, der seine Thne sehr als abgebanter Liebhaber Frau Marxs, der ihr folgt wie ein Hund und dementsprechend von ihr behandelt wird. Das heißt, hätte Frau Marx einen Hund, sie würde sicher zärtlicher mit ihm umgehen! Doch auch die Herren Reflektträger, Vertram, Hager, Barial und Beng wären lobend zu erwähnen, ebenso die Damen Erler, Schenk und Rati.

Das amüsante Stück wird jedenfalls hier weitergegeben und man darf wohl voraussagen, daß es sich eine ganze Weile auf dem Spielplan halten wird. B. v. N.

Ernert.

Es sind etwa fünf Jahre her, daß Elisabeth Pöke
meyer in einem Stuhhauskonzert als junge Pianistin die
allgemeine Aufmerksamkeit musikalischer Kreise erregte; man
hatte da ein hergestes, keineswegs alltägliches Talent er-
kannt, das zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft be-
rechtigte. So war es dankbar zu begrüßen, daß der „Ber-
ein der Künstler und Kunstfreunde“ in seinem
geftizigen 9. Konzert Gelegenheit bot, Elisabeth Pökemeyer
einmal wieder zu hören. Die junge Wädchensnoipe von damals
hat sich zu tieblicher Blüte entfaltet. Zwar das kindlich-
rührende in Wesen und Erscheinung ist ihr verblieben, aber
dahinter steht eine kräftig aufstrebende Künstlerin voll Fein-
heit, Geschmack und Phantasie. Sie ist also keine von denen,
die — wie der Altmeister Phil. Em. Bach seinerzeit einma-
schlich — „nur durch die Finger das Gefühl in Vertumbe-

wirkungen nicht zugänglich ist. So meint denn die „Kreuzzeitung“, nichts deute darauf hin, daß die Regierung gegenwärtig an eine Reichstagsauflösung denke, und wenn man auf den Spätherbst verweise, „so haben so langfristige Wechsel in der Politik wenig Geltung“. Das führende konservative Blatt hütet sich aber weislich, zu sagen, daß es mit Herrn v. Bethmann-Hollweg zufriedener als bisher geworden sei. Die Parole ist also für die Rechte: keine Auflösung, jedoch weiteres Mißtrauen gegen den Kanzler und entsprechende Fortsetzung der eifrig betriebenen Unterwühlungspolitik. Selbstamerweise findet diese konservative Wühlerei die Unterstützung des Herrn Erzberger. Er kündigt in mehreren Zentrumsbülletten den baldigen Rücktritt des Herrn v. Bethmann-Hollweg an, der die vielen schlaflosen Nächte nicht aushalte. Herr Erzberger wünscht also, daß der Reichskanzler gehen möge, denn bloß um eine altbuden gewordene Feststellung nominal und ganz überflüssigerweise zu machen, dazu wird er sich doch nicht bemüht haben. Das Zentrum hat während der letzten Monate kein Kesseltreiben gegen den verantwortlichen Staatsmann unternommen, und die „*Neuen Völkischzeitg.*“ erklärte sogar im Dezember, daß sie Bethmanns Rücktritt bedauern würde. Als Mann von gerechter Objektivität habe er Vorurteile abschwächen und zurückerstellen gelernt. Deshalb mag nun Herr Erzberger dem Reichskanzler das Sterbeglocklein läuten? Es liegt nahe, zu vermuten, daß Herr v. Bethmann-Hollweg mit Unannehmlichkeiten gedroht werden soll, wenn er nicht endlich wieder die Jesuiten ins Land läßt. Aber was der jetzige Reichskanzler nicht könnte, das könnte sein Nachfolger auch nicht. Dunkel sind die Wege des Zentrums.

Gefahren von Rußland?

○ Berlin, 2. März.

Die russischen Rüstungen an unserer Grenze finden wie selbstverständlich, die stärkste Beachtung in maßgebenden politischen Kreisen, aber man ist hier nicht geneigt, die Verhältnisse anders als mit der bisherigen Gelassenheit zu betrachten. Schon während des ersten Balkankrieges verstärkte Rußland in außerordentlicher Weise seine Westgrenze; darüber ist mehr als ein Jahr vergangen, und die damals gehegten Befürchtungen haben sich eben nicht bewahrheitet. Die Ruhe, mit der die neuen Truppenbewegungen im Barenreiche beobachtet werden, ist psychologisch hinlänglich zu erklären. Einmal haben wir überhaupt keine Veranlassung, uns in furchtsame Nervosität hineintreiben zu lassen, und sodann sind wir ja wahrlich nicht schwach ausgerüstet, im Osten so wenig wie im Westen. Etwas anderes als eine betonte Kaltblütigkeit gegenüber den Vorgängen im Reichelsgouvernement ist, auf das Letzte hin angesehen, auch gar nicht möglich. Man kann doch in Petersburg nicht anfragen, was diese Rüstungen bedeuten; vielleicht fragt man einmal an, aber das wird dann ein kritischer Zeitpunkt.

sein, und von dem sind wir denn doch noch weit entfernt. So bleibt zunächst nichts übrig, als mit Aufmerksamkeit zuzusehen, was unsere russischen Nachbarn treiben. Sie sind beinahe noch rühriger als die Franzosen, sie haben allerdings mehr nachzuholen, zumal im Jarenreiche die Maschinerie nicht immer klappt. Die Einzelheiten der Rüstungen erfährt man ja nicht, weil den Zeitungen aufs strengste unterlag worden ist, irgendwelche Berichte zu veröffentlichen; indessen wird der Apparat der intimen Berichterstattung, deren Fäden in unserem Generalstab zusammenlaufen, zweifellos so gut arbeiten, daß es für die leitenden militärischen Stellen nur wenige Geheimnisse geben wird, was denn auch für unsere Verbündeten an der Donau ebenso wie für uns zu gelten hat. Man muß immer wieder sagen: in der auswärtigen Politik geht zur Stunde nichts besonders Aufregendes vor, die Mächte haben keine großen Probleme zu lösen oder auch sich über sie aufs neue zu zanken, aber die Stille in der auswärtigen Politik erweckt kein Vertrauen, es ist eine Gewitterstimmung da. Zwischen Berlin und Petersburg scheinen Störungen aufgetreten zu sein, die nur ihren Anlaß, nicht aber ihren entscheidenden Grund in der Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel hatten. Es gibt sehr ruhige und mächtige Beurteiler, die von merklichen Wandlungen gegenüber der doch verhältnismäßig nur kurze Zeit zurückliegenden Anwesenheit der Herren Kozlov und Sazonov in Berlin sprechen. Das Eigentümliche der Lage ist, daß man, wie schon mehrfach angedeutet, von keiner bestimmten Einzelfrage als dem Ursprung von Spannungsmomenten reden kann, sondern die Gesamtlage ist undurchsichtig. Daß man in Österreich-Ungarn diesen Zustand noch stärker und unmittelbarer empfindet, liegt in der Besonderheit des österreichisch-russischen Verhältnisses, an dem anscheinend nichts mehr zu bessern ist. Freilich können sich die Wolken von heute geradezu wieder zerstreuen, wie das schon mehr als einmal geschehen ist, aber einstweilen hält sich das Gewölk doch zusammen. Es dünkt uns eine Pflicht, das nicht zu verschweigen.

Flotten- und Luftschiffsfragen im englischen Unterhaus.

Churchill begründet seinen Nachtragset.

Wh. London, 2. März. Der erste Lord der Admiralität Churchill bringt den Nachtragset für die Flotte ein, der 2½ Millionen Pfund beträgt und den Gesamtetat auf 48 800 000 Pfund steigert. Der Minister begründete die Mehrforderung. Diese wird verursacht erstens durch die höheren Kosten der Vorräte an Öl (500 000 Pfund), zweitens durch ein neues Programm für Flugzeuge (250 000 Pfund), drittens durch höhere Löhne auf den Werften (200 000 Pfund), viertens durch Beschleunigung des früheren Beginns des Baues von drei Schlachtschiffen im Programm 1913/14 mit Rücksicht auf den Aufschub des kanadischen Flottengesetzes, und fünftens dadurch, daß von den Privatwerften der Bau der vom Parlament bewilligten Schiffe schneller von statten gegangen ist. In dem Teile seiner Rede, die sich mit den Luftschiffen beschäftigte, führte Churchill aus: „Die Nachtragforderungen für das Flugwesen sind verursacht worden durch den

Bau von Luftschiffen

und Schuppen. Nach einer gründlichen Prüfung sowohl der Leistungen als auch der Absichten der anderen Länder, der Schiffe und der Qualität ihrer Luftmacht, besonders auch des bedeutenden deutschen Marineflotten-Programms, das im letzten Jahre bekannt gegeben wurde, nachdem die britischen Vorschläge dem Hause vorgelegt worden waren, haben der Staatssekretär und ich es im letzten Juli für unsere Pflicht empfunden, auf Grund der Vorstellungen unserer Sachper-

ständigen dem Kabinett neue Vorschläge hinsichtlich einer Verstärkung der Luftflotte zu unterbreiten. Nach gründlicher Prüfung haben wir Vollmacht erhalten, die als notwendig erscheinenden Maßnahmen zu ergreifen. Mit der Firma Vickers wurde ein Vertrag auf den Bau eines großen und dreier kleineren nichtstarken Luftschiffe abgeschlossen. Das starke Luftschiff, das dem neuesten Zeppelin-Typ ähnelt, wird in England gebaut, ebenso beträchtliche Teile der drei unstarren Luftschiffe. Der zweite große unstarre „Astra Torres“ ist in Frankreich bestellt worden und wird in kurzem abgeliefert werden. Ferner ist ein Baubetrieb mit Armierung für drei kleine halbstarre Luftschiffe von dem italienischen Forlanini-Typ abgeschlossen worden. Das erste wird im Ausland gebaut werden, während die beiden anderen hier bei Armierung gebaut werden. Das englische Programm bleibt zwar hinter dem zurück, was Frankreich und Deutschland geleistet haben, aber angesichts der großen und starken Überlegenheit Englands an Wasserflugzeugen ist das jetzige Programm ausreichend.“ Was den früheren Beginn des Baues der drei Schlachtschiffe betrifft, der durch den Aufschub des kanadischen Flottengesetzes verzögert wurde, so führte Churchill aus, daß darin keine Abweichung von dem Standard von 60 Prozent liege. Es werden nur 450 000 Pfund im Jahre 1914 ausgegeben statt zwei Jahre später. In diesem Jahre würde die kanadische Flottenverlängerung keine großen Fortschritte machen können. Auf eine Anfrage Allan Vickers, welcher die Aufmerksamkeit auf die Verringerung des Großadmirals v. Tirpitz lenkte, daß er, falls eine allgemeine

Verabschiedung des Depacements der Kriegsschiffe

vorgenommen werden sollte, dies begrüßen würde, sagte der Marineminister Churchill in einer schriftlichen Antwort: Die Depacements der neuesten englischen Kriegsschiffe sind erheblich kleiner als die fast allerneuesten Schlachtschiffe, die sich für fremde Mächte in Bau befinden, soweit ihre Größenmaße veröffentlicht worden sind. Der Gedanke, der in einigen Kreisen gehegt wird, daß wir bei der wachsenden Steigerung des Depacements der Großkampfschiffe vorangehen oder vorangehen sind, beruht auf Unwissenheit. Trotz dieser Tatsache würde die Admiralität gewillt sein, sich an einem Abkommen zur Beschränkung der Größe von Großkampfschiffen zu beteiligen, wenn diese überzogen wäre, daß Verhandlungen zu einem solchen Abkommen nicht unwillkommen sind. Bei derartigen Abmachungen müßte natürlich auf beiden Seiten im Auge behalten werden, was andere Mächte in dieser Beziehung tun. Die Schwierigkeiten sind zwar schwerwiegend und in die Augen fallend, meiner Ansicht nach aber nicht unüberwindlich, vor- ausgesetzt, daß auf beiden Seiten der Wunsch besteht, zu einem Ergebnis zu kommen.

Auf die Anfrage des Unionisten George Lloyd, ob Verhandlungen über

Abtretung oder Austausch von Gebietsstücken von Britisch-

Ostafrika oder Uganda mit Deutschland

aktuell stattgefunden hätten, hat Parlaments-Untersekretär Acland schriftlich geantwortet, daß keine Verhandlungen dieser Art gepflogen worden seien. Arthur Lee erklärte, die Unionisten müßten die Kritik der Marinepolitik der Regierung zurückstellen bis nach Einbringung des Marineetat, aber man dürfe nicht annehmen, daß die Opposition der Politik zustimmt, die durch den Ergänzungset zum Ausdruck kommt. Wenn nicht auf einmal drei weitere Kriegsschiffe auf Stapel gelegt würden, so würde das bedeuten, daß England im Frühjahr 1915 mit seinem Stand unter die zulässige Mindeststärke mit Sicherheit heruntergehen würde, daß dies dann zu Angriffen aufordern oder mindestens zu einem diplomatischen Druck, dem man unmöglich widerstehen könnte, führen würde.

Memph MacDonald erklärte, der Nachtragset sei kein Teil des alten Schiffbauprogramms, sondern der Beginn eines neuen. In Deutschland, Frankreich, Italien und Österreich-Ungarn werde man sagen, Großbritannien beschleunige das Schiffbauprogramm, um ihnen in den europäischen Gewässern wirksamer entgegenzutreten zu können. Alle Anzeichen in Deutschland im gegenwärtigen Augenblick sprächen dafür, daß die deutschen Rüstungsfirmen den Begriff „Panik“ als Druckmittel gegen die Regie-

rung erregen; dies sei jedesmal der Vorbote einer Beschleunigung des Schiffbaues oder der Erweiterung des Flottengesetzes. Ein Antrag der Radikalen auf Abfertigung vom Flottennachtragset wurde mit 237 gegen 84 Stimmen abgelehnt.

Deutsches Reich.

* **Def. und Personal-Nachrichten.** Der Kaiser nahm Montagvormittag im Berliner Schloß die Vorträge des Chefs des Zivilkabinetts v. Valentini und des Ministers der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach entgegen.

Der langjährige Oberbaurat der „Westfälischen Post“ in St. Louis, August Diez, ist Samstagabend in Stuttgart im Laufe seiner Verwandten, wo er Erholung von schwerer Krankheit suchte, im Alter von 51 Jahren gestorben.

Der Bürgermeister Dietrich in Aehl wurde zum Oberbürgermeister der Stadt Konstanz gewählt.

* **Der Besuch des Reichskanzlers in Hamburg.** Der Reichskanzler traf gestern Abend kurz vor 7 Uhr, einer Einladung des Senats entsprechend, auf dem Hauptbahnhof ein, wo er von dem preussischen Gesandten von Bülow empfangen wurde. In Begleitung des Reichskanzlers befanden sich Unterstaatssekretär Wahnshaffe und Oberleutnant Freiherr von Sell. Der Reichskanzler nimmt in der preussischen Gesandtschaft Wohnung.

* **Vom Sterbelager des Kardinals Kopp.** Gestern Abend wurde am Sterbelager des Kardinals Kopp folgendes Bulletin ausgegeben: „Der Zustand ist hoffnungslos. Das Leben des Patienten zählt nur noch nach Stunden. Die Agonie ist bereits eingetreten.“ Außer dem Geheimsekretär Dr. Agabier weilen noch Weihbischof Dr. Augustin (Breslau) und Kameralsekretär Dr. v. Pöhl am Sterbelager des Kardinals.

* **Eine Ehrung des Statthalters v. Welbel durch die Straßburger Universität.** Die juristische Fakultät der Kaiser-Wilhelm-Universität in Straßburg i. E. hat dem Statthalter Grafen v. Welbel den Dokortitel der Rechte und der Staatswissenschaften verliehen. Am Samstagmittag überreichte im Statthalterpalais eine Abordnung der Fakultät, bestehend aus den Herren Geheimrat Erzengel Leband, Professor Dr. Sigismund Schulke und Professor Dr. Nisch, das Dokortribut.

* **Die Einführung des bayerischen Kronprinzen in den Staatsrat.** Unter dem Vorsitz des Königs wurde gestern in der Residenz ein Staatsrat abgehalten, in dem die feierliche Einführung des Kronprinzen in den Staatsrat stattfand.

* **Die deutsch-französischen Verhandlungen über Kleinasien vor dem Abschluß.** Das „Echo de Paris“ schreibt: Es scheint nunmehr gewiß, daß das deutsch-französische Abkommen über die Kleinasiatischen Angelegenheiten im Laufe dieser Woche von den beiden Regierungen ohne jede Abänderung genehmigt werden wird. Man sei zu der Überzeugung gekommen, daß durch jeden neuen Vorschlag eine ziemlich große Zahl anderer Bestimmungen von neuem in Frage gestellt und die Beendigung der Verhandlungen über Gebühr verzögert werden könnte.

* **Der englische Generalpostmeister in Kauen.** In Begleitung der Direktoren der Telefunken-Gesellschaft, Grafen v. Arco und Herrn v. Bredow, besichtigten der englische Generalpostmeister Hobhouse und das englische Parlamentarismilglied Sir Henry Norman gestern Nachmittag die Telefunkenstation Kauen. Mit größtem Interesse folgten sie den Erklärungen des Direktors Grafen Arco und besichtigten die Anlagen und Stationsräume. Hieran schloß sich ein Telegrammaustausch mit der Station Norddeich.

* **Ein Protest gegen den Tabaktrust.** In der Börse zu Bremen fand gestern Abend eine große von vielen Tausenden besuchte Versammlung statt, die sich zu einer impetanten Kundgebung gegen den amerikanischen Tabaktrust gestaltete. Als Redner traten u. a. auf der Generalsekretär des Verbandes zur Abwehr des Tabaktrustes Hölke (Dresden), der Syndikus des Deutschen Tabakvereins Schölmacher (Frankfurt a. M.), der Sekretär des Verbandes Deutscher Zigarrenfabrikanten Hesse (Hamburg) und als Vertreter der Bremer Tabakinteressenten Hoormann (Bremen), welche sich sämtlich in scharfer Stellungnahme gegen den

Professor Onken-Vorträge.

L.

Es war ein glücklicher Gedanke, der im vorigen Jahre zur Veranstaltung wissenschaftlicher Hochschulkurse in Wiesbaden führte. An Vorträgen aller Art über interessante geistige Probleme fehlt es ja bei uns nicht, aber bei solchen Darbietungen, die schwierige Dinge oft wie im Fluge abmachen müssen, liegt die Gefahr einer verwirrenden Halbbildung nur zu nahe. Bei diesen Vortragskursen dagegen ist es möglich, ein einzelnes Gebiet so eingehend und gründlich durchzuarbeiten, wie es auf der Hochschule selbst geschieht, und damit den Hörern eine wirklich intensive Kenntnis zu vermitteln.

Für dieses Jahr hatte man einen unserer bedeutendsten modernen Historiker, Professor Dr. S. Onken aus Heidelberg, als Redner gewonnen. Sein Thema lautete: „Die großen Mächte und die auswärtige Politik des Reiches von 1871 bis 1911.“ Dem Biographen Rudolf v. Bennigsen lag dieses Gebiet besonders nahe, und bei der allgemeinen Bedeutung dieser Probleme, die uns alle so nahe angehen, war er sicher, die dankbarsten Hörer zu finden. Die an sich schon so interessanten Dinge wählte der Redner durch die geistreich lebendige Art des Vortrags, die Klarheit und Gegenständlichkeit seiner Erörterungen noch interessanter zu gestalten. So betrachtete er zunächst in der ersten Hälfte seines Vortrags die Grundzüge unserer auswärtigen Politik im Zeitalter Bismarcks, jene Zeit, in der es galt, das Ererbte zu bewahren, die Gefahren zu beschwören, die Deutschland aus seiner Mittelstellung auf dem Kontinente erwuchsen, das französische Revanchegedächtnis durch Isolierung der französischen Politik niederzuhalten. So entstand zunächst das Verhältnis zu den beiden Kaiserreichen Frankreich und Rußland, kein Verhältnis freilich, nur eine „Entente“, die allmählich infolge der orientalischen Verwicklungen sich löste. Rußland schied aus, Bismarck entschloß sich für Österreich als rein politischen Alltagsbündnis, aber auch daneben durch nationale Gedanken veranlaßt. Und in ganz genialer Weise gelang es, Frankreich durch Kolonien zu beschäftigen, Italien, das durch die Befestigung von Tunis beleidigte, für den neuen Dreibund zu gewinnen. So kamen die Jahre, die den Höhepunkt der deutschen Macht bedeuteten, sah eine deutsche Hegemonie in Europa, indem die anderen Mächte durch tiefgehende Differenzen vereinzelt waren, Deutschland aber, von

Frankreichs gutem Willen unterstützt, Englands Feindschaft bei der Begründung unserer Kolonien tragen durfte, Rußland endlich durch den „Rückversicherungsvertrag“ in Schach gehalten war. Und nach den neuen Schwierigkeiten, die entstanden durch Jules Ferras Sturz, Frankreichs erneute Feindschaft, die bulgarischen Wirren hat Bismarcks Genialität siegreich überwunden.

Wesen und Methoden des modernen Imperialismus wurden in der zweiten Vortragshälfte behandelt. Wir erlebten so ein ganz neues Verständnis für die treibenden Kräfte unserer Zeit, für den neuen Inhalt, mit dem der alte Begriff des Imperialismus, der hemmungslosen Machtausbreitung, erfüllt wurde, die neuen Formen, die man fand, um eine offene Eroberungspolitik zu vermeiden und doch beständig an Macht zu gewinnen, in Formen des Protektorates, der Pachtung, der Teilung nach Interessensphären, wirtschaftlicher Durchdringung, der gewaltigen Tätigkeit des Kapitals, aber auch der Heranziehung geistiger Mächte durch Schulgründungen und Mission. Sehr interessante Mitteilungen über vielbesprochene Zeitfragen, wie die Geschichte des Krüger-Telegramms, die Übermacht der englischen Telegrafienlinien, die bevorstehende deutsch-englische Einigung in Afrika, illustrierten diese Ausführungen. Die sehr zahlreich erschienenen Hörer dankten dem Redner mit lebhaftem Beifall.

Russ Kunst und Leben.

* **Papst Pius als Komponist.** Aus Rom bringt der „Tirto“ die überraschende Kunde, daß Papst Pius X. unter die Komponisten geistlicher Musik gegangen ist; vor kurzem vollendete er die Komposition einer Motette, die dem heiligen Joseph gewidmet ist und am 19. März, dem Josephstage, ihre Uraufführung erleben wird. Die Motette ist vierstimmig geschrieben und hält sich streng an die Formen der Liturgie. Pius X. hat jedoch nicht nur die Musik geschrieben, sondern auch den Gesangstext verfaßt, der im Rhythmus genau dem: „veni creator spiritus“ folgt und mit den Worten anhebt: „Salve, animator Joseph“. Nach den Mitteilungen des römischen Wäters wird die erste Aufführung unter strengstem Ausschluß der allgemeinen Öffentlichkeit stattfinden. Außer den dienstuenden Kardinälen werden der Vorführung nur wenige Prälaten, darunter auch einige ausländische, beiwohnen, wie überhaupt der Akt weniger ein künstlerisches als vielmehr ein religiöses Gepräge tragen soll. Ob der Papst

die Erlaubnis zur Aufführung seiner Komposition gab, unterbreitete er sein Werk dem Urteil Don Lorenzo Perosi sowie dem Dirigenten der päpstlichen Chormusik. Beide Musiker gaben Gutachten ab, die sich sehr günstig über die Komposition des Papstes ausdrückten. Perosi äußerte, daß Pius X. trotz seiner strengen Befolgung der von der Liturgie vorgeschriebenen Formen mit seinem Hymnus den Beweis einer ausgeprochen melodischen Begabung erbringe.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Im Saarbrücker Stadttheater hatte Adolf Hofers Lustspiel „S. M. der Geldsack“ großen Lacherfolg. Rudolf Schildkraut hat bereits das Werk für sich und seinen Sohn zu Gastspielen erworben. Die an das königliche Schauspielhaus nach Berlin engagierte Franziska Elmenceich verabschiedete sich als „Iphigenie“ unter stürmischen Ovationen von Hamburg.

Bildende Kunst und Musik. Generalmusikdirektor Dr. v. Schilling. Stuttgart Besuch am Entlassung aus dem Verbands der königlichen Hoftheater ist abgeschlossen worden, da die bisher in keiner Weise erwiesenen Unschuldigungen einen solchen Wunsch weder rechtfertigen noch auch den Anlaß bieten, das Herrn v. Schilling bisher entgegengebrachte Vertrauen zu entziehen.

Karl Schuricht errang einen starken Erfolg bei Publikum und Presse gelegentlich seines Dirigenten-Gastspiels in England.

Adalbert v. Roehrer, ein alter Wiesbadener, lebt in Berlin wohnhaft, hat ein großes Schlachtenbild vollendet: „Die Attacke der französischen Kavallerie auf die nassauischen Reiter bei Waterloo“. Dieses Gemälde wurde vom Kaiser aus dem Atelier heraus angekauft und bestimmt, daß es, da es die Verherrlichung einer nassauischen Waffentat sei, seinen Platz im Schloß zu Wiesbaden erhalten soll.

Die bekannte Münchener Wagnerfängerin Beria Morena hat im Covent Garden in London während einer Vorstellung der „Walküre“ den Fuß gebrochen.

In Hannover fand die Uraufführung von der Operette „Der Märchenprinz“ von A. M. Willner, Musik von Heinrich Berté, in der „Schauburg“ einen außerordentlichen Erfolg.

Henry Fried aus New York hat dem Herzog von Abercorn das von Dyckie Gemälde der Paola Adorno für über zwei Millionen abgekauft.

Zust ausproben. Die Versammlung nahm darauf einstimmig nachfolgende Resolution an: Die am 2. März in der Bremer Börse tagende Versammlung erkennt in dem Vorbringen des britisch-amerikanischen Tabaktrusts eine schwere Gefahr für die deutsche Volkswirtschaft, den Bremer Tabakhandel und das Tabakgewerbe im besonderen. Die Verhandlung spricht daher den Bestrebungen des Verbandes zur Abwehr des Tabaktrusts ihre volle Zustimmung aus und hofft die zuverlässige Erwartung, daß die Konsumenten in allen Bevölkerungskreisen Bremens die bedrohte trustrfreie deutsche Tabakindustrie in ihrem schweren Kampfe tatkräftig unterstützen werden.

Zur Verschönerung von Orten in höhere Ortsklassen. Zu der angekündigten Vorlage über die Verschönerung von Orten in höhere Ortsklassen meldet der „Volksanzeiger“ noch: Die dem Bundesrat jetzt zur Beschlussfassung vorliegende Vorlage sieht dem Vernehmen nach eine anderweitige Regelung für mehr als 30 Orte vor. Unter ihnen dürften sich drei Berliner Orte, ferner Altona und Hamburg, Vörmern, Koblenz, Elberfeld, Friedrichshagen und Nürnberg befinden.

Vom Rhein-Herne-Kanal. Gestern vormittag ist in Gegenwart von Vertretern der königlichen Kanalbauverwaltung in Essen und des königlichen Kanalbauamts in Herne mit der Füllung des Rhein-Herne-Kanals begonnen worden. Das erforderliche Wasser wird dem Dortmund-Ems-Kanal entnommen. Die Füllung wird mittels eines Hebels bewirkt, der in den Trennungsdamm zwischen dem Dortmund-Ems-Kanal und dem Rhein-Herne-Kanal eingebaut ist; sie wird etwa zwei bei drei Monate in Anspruch nehmen.

Ausgabe neuer bayerischer Münzen. Bayern wird demnächst neue Münzen zur Ausgabe bringen, die das Bildnis des Königs Ludwig III. nach einem Entwurf des Bildhauers Professor Bleeker tragen. Zunächst wurde mit der Herstellung der neuen Fünfmarsstücke begonnen. Alsdann soll die Prägung von Zwanzigmarsstücken und späterhin Dreimars- und Fünfmarsstücken folgen. Mit der Herstellung von Zehnmarstücken ist für die nächste Zeit nicht zu rechnen.

Sozialdemokratie und Abonnementversicherung. Der Berliner sozialdemokratische Parteivorstand hat der bayerischen Landespartei, nachdem die Verhandlungen über ein nachträgliches Verbot der von der „Münchener Post“ eingeführten Abonnementversicherung gescheitert sind, die Entscheidung des Parteitagcs angekündigt.

Einstellung der Strafverfahren gegen den „Zaberner Anzeiger“. Die vom General v. Deimling, Leutnant Fortner und dem Sergeanten Höflich gegen den Verleger des „Zaberner Anzeigers“ anhängig gemachten Strafverfahren sind durch Strafkammerbeschluss gestoppt worden.

Die neue Verteidigungsliga und die reichsländischen Beamten. Die reichsländische Regierung hat den kaiserlichen Beamten und Unterbeamten des Reichslandes den Beitritt zur Liga zur Verteidigung Elbsch-Wehringens untersagt.

Zur Münchner Zentrumerversammlung vom Sonntag. Über die in der gestrigen Abendausgabe berichtet wurde, ist ein Bericht zu berichten; die Versammlung stand selbstverständlich nicht unter der Führung des Grafen Oppersdorf, sondern sie richtete sich gegen die Integration unter der Führung des Grafen Oppersdorf. Die Versammlung wurde vom Münchner Parteichef Dr. Merens geleitet.

Der Evangelisch-Soziale Kongress wird in diesem Jahre in der Woche nach Ostern, vom 15. bis 17. April, nicht wie sonst erst in der Pfingstwoche, in Nürnberg stattfinden. Das Programm wird in nächster Zeit veröffentlicht werden.

Parlamentarisches.

Der Waffengebrauch des Militärs in Baden. Zu Beginn der gestrigen Sitzung der zweiten badischen Kammer begründete der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Frank (Mannheim) die Interpellation der Abgeordneten Frank und Genossen, betreffend die Militärgerichtsbarkeit, den Waffengebrauch des Militärs und die Mitwirkung desselben bei Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung. In der Antwort der Interpellation erklärte Minister des Innern Freiherr v. Bodman: Die rechtliche Grundlage für den Waffengebrauch des Militärs gründet sich in Baden auf den Paragraphen 13 der Militärkonvention von 1870 zwischen Preußen und Baden. Demzufolge darf ein Waffengebrauch des Militärs nur erfolgen, wenn die Zivilbehörde die Hilfe des Militärs anruft. In die badischen Bestimmungen wurde die Anordnung der preussischen Kabinettsorder von 1820 nicht aufgenommen. Ein Einschreiten des Militärs aus eigenem Recht ist im allgemeinen nicht statthaft; es ist es nur, wenn im Falle eines Aufstands die Zivilbehörde nicht imstande ist, die Hilfe des Militärs zu erbitten. Die preussische Militärbehörde hat sich damit einverstanden erklärt, daß für die in Baden stehenden Truppen nur die landesgesetzlichen Bestimmungen gelten. Das hat uns auf Anfrage auch das Kriegsministerium neuerlich bestätigt. Hieraus trat das Haus in eine Debatte über die Interpellation ein, wobei sich sämtliche Parteien, auch die sozialdemokratische, von der abgegebene Regierungserklärung befriedigt erklärten.

Das sogenannte Grundbesitzgesetz (Parzellierungsgesetz), dessen Inhalt bereits bekannt ist, ist dem Abgeordnetenhaus gestern zugegangen. Es führt den Titel „Entwurf über Teilung land- oder forstwirtschaftlicher Besitzungen“.

Heer und Flotte.

Die Reise des Kaisers zur Marinestation der Nordsee. Der Kaiser gedenkt heute abend sich nach Wilhelmshaven zu begeben. Der Fürst von Fürstberg wird ihn als Gast begleiten.

Der Gesundheitszustand im Zaberner Infanterieregiment. In einer Zaberner Korrespondenz eines Straßburger Blattes war behauptet worden, daß im Infanterieregiment Nr. 99 bei seinem langen Aufenthalt in dem unwirtlichen Paraden von Witz und Oberhofen eine ganze Menge Erkrankungen vorgekommen seien. Demgegenüber stellt eine amtliche Quelle eine beruhigende Mitteilung fest, daß die Unteroffiziersverhältnisse auf dem Truppenübungsplatz Witz und Oberhofen denen des Standorts in nichts nachstehen. Trotz der unwirtlichen Witterung der vorangegangenen Woche ergibt die Krankheitsstatistik für den 1. Februar 1. J. keinen ungünstigen Stand: An diesem Tage hatte das 1. Bataillon genannten Regiments in Oberhofen 17 Kranke (davon einer im Militär), das zweite Bataillon nur 15 Kranke (davon 6 Militäranwärter). Diese Ziffern beruhen, wie ausdrücklich betont wird, auf amtlichen Material.

Das neue Militärflugzeug „3. 7.“ das kürzlich unter Führung des Grafen Döppel seine Abnahmefahrt machte, ist nunmehr in den Besitz der Heeresverwaltung überge-

gangen. Wie verlautet, soll das Luftschiff in Potsdam bleiben und bis zur Fertigstellung der neuen Marineflugschiffe zur Ausbildung von Marineoffizieren und des notwendigen technischen Personals dienen.

Der Militärflugplatz Krefeld. Der Inspektor des Militärflugwesens, Oberst v. Oberhardt, weilte in Krefeld, um mehrere zu einem Militärflugplatz in Aussicht genommene Gelände zu besichtigen.

Eintritt eines japanischen Brigades in die Flotte. Prinz Masihol von Siam tritt vom kommenden Frühjahr ab zu seiner Ausbildung als Seeoffizier in die deutsche Flotte ein.

Deutsche Schutzgebiete.

Ein Protest der Graechen Neu-Guinea-Expedition gegen das Reichskolonialamt. Die Leitung der Neu-Guinea-Expedition, die unter der Führung des durch seine Afrikanische Expeditionen bekannt gewordenen Oberleutnants a. D. Paul Graech eine geodätische Vermessung von Neu-Guinea mit Hilfe des stereophotogrammetrischen Verfahrens vom Motorluftschiff aus plant, hat gegen die bekannte Stellungnahme des Reichskolonialamts einen Protest an den Reichstag gehen lassen. Auf die ausdrückliche Versicherung des Reichskolonialamts, daß es seinem Unternehmen nicht hinderlich sein wollte, hat Oberleutnant Graech die Vorbereitung seiner Expedition begonnen. Daß das Unternehmen mit Sicherheit zu Ende geführt werden könne, wenn man alle Faktoren genügend berücksichtigt, davon sind mit ihm Kenner des Landes, wie Professor Preuß und Professor Dr. Neuhauß, völlig überzeugt. Das wichtigste Argument gegen die Ausführungen des Reichskolonialamts führt der geodätische Mitarbeiter der Expedition, Dr. Gasser (Darmstadt), an, indem er die Möglichkeit einer topographischen Aufnahme vom Luftschiff aus beweist und deren verhältnismäßig geringe Kosten und große Genauigkeit betont. Um eine offizielle Begünstigung der vermessungstechnischen Grundlagen der Expedition herbeizuführen, erklärt sich Dr. Gasser bereit, diese von der Deutschen Seewarte unter Hinzuziehung eines gewiegten Fachmannes der Stereophotogrammetrie des umgekehrten Problems der Stereodachziele, unter Ausschluß industrieller Interessenten, prüfen zu lassen. Es sei betont, daß von der Expeditionsführung als selbstverständliche Vorbedingung anerkannt wird, daß erst nach Herstellung der ersten Karten aus der Luft — in Deutschland — die Neu-Guinea-Expedition unternommen wird. Zunächst kommt es darauf an, das Vermessungsluftschiff zu schaffen.

Die deutsch-englischen Kolonialverhandlungen ist eine Mitteilung von Interesse, die der Heidelberger Professor Dr. K. in einem gestern in Wiesbaden gehaltenen Vortrag, über den an anderer Stelle berichtet wird, gemacht hat. Danach werden englische Kaufleute und Interessenten, die in Portugiesisch-Besafrika Geschäfte machen wollen, schon jetzt in England selber nach Berlin verwiesen für die zu pflegenden Verhandlungen. Das würde also bestätigen, was ja schon wiederholt berichtet wurde, daß diese deutsch-englischen Verhandlungen dem Abschluß so nahe sind, daß man in London Interessenten gegenüber also schon mit einem fait accompli rechnen.

Ausland.

Niederlande.

Brandstiftungen in Kasernen. Amsterdam, 3. März. Der Kriegsminister stellt laut Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ fest, daß mehrfach Brandstiftungen anaristischer Soldaten in Kasernen vorgekommen seien, nämlich in Harlem und Ede.

Spanien.

Der Aufruhr in Valencia beigelegt. Madrid, 2. März. Nach Mitteilung vom Minister des Innern bestätigt sich die Nachricht aus Valencia, daß der dortige Aufruhr infolge einer Einigung zwischen der Stadtwertung und den Steuerpflichtigen beendet ist. Alle Unternehmungen haben den Betrieb wieder aufgenommen.

Balkanstaaten.

Die Reise des Fürsten von Albanien. Rom, 3. März. Offiziell wird gemeldet, daß der Fürst von Albanien am Mittwoch nach Kladau in Schloß über Albanien nach Triest reist, wo er Donnerstag früh eintrifft. Von dort begibt er sich nach Durazzo. Dem Empfang des Fürsten wird in Durazzo ein Detachement berittener Gendarmen aus Skutari sowie ein Detachement Gendarmen aus Valona erwartet, die gemeinsam mit der Durazzoer Gendarmen den Ehrendienst beim Fürsten versehen werden.

Ein Guldigungsflug Rumwies - Durazzo? Wien, 2. März. Die „Korrespondenz Wien“ erzählt: Auf Anregung Effendi-Basch ist der Plan aufgebracht, dem Fürsten von Albanien gelegentlich seines Einzuges in Durazzo durch einen Flug dreier Aviatiker, und zwar zweier Deutschen und wahrscheinlich eines österreichischen, von Rumwies nach Durazzo eine Guldigungsreise im Auftrage zu bereiten. Weiter ist geplant, daß der Bürgermeister von Rumwies den Fliegern entweder eine Begrüßungsadresse oder ein Album mitteilt, welches die Luftschiffer nach Vollendung des Fluges dem Fürsten als Guldigungsgehalt der Stadt Rumwies überreichen.

Übergabe von Korika. — Autonomie von Nordpirus. Athen, 3. März. Der griechische Gouverneur von Korika, Oberst Konstantin, hat gestern nachmittag 3 Uhr Korika den Vertretern der albanischen Regierung übergeben. — In Sant Quaranta wurde gestern von der Gruppe der Unabhängigkeitsbewegung, Bogdanos, die Autonomie von Nordpirus ausgerufen.

Nordafrika.

Bedrohliche Ansammlungen in Marokko. Paris, 2. März. Nach einer Meldung aus Rabat finden gegenwärtig am Oberlauf des Ruisseauflusses beträchtliche Ansammlungen von Eingeborenen unter Führung des Roids Amhaouch statt, die namentlich aus den Gebieten des Beni Maïd kommen. Der jüdisch-marokkanische Präsident El Siba scheint neuerdings im Südggebiet an Boden zu gewinnen und im Einvernehmen mit Roid Amhaouch vorzugehen zu wollen.

Vereinierte Staaten.

Der Senat für das Frauenwahlrecht. Washington, 3. März. Der Senat hat mit 47 gegen 17 Stimmen den Beschluss gefasst, in Kürze eine Resolution zu beraten, die eine Änderung der Verfassung zugunsten des Frauenwahlrechts vorsieht.

Luftfahrt.

Um den Städtepreis der Nationalflugspende. Johannisthal, 1. März. Der Flieger Kammerer, der heute morgen 7.57 Uhr um den Städtepreis der Nationalflugspende gestartet war, ist bei Landsberg a. d. W. gelandet. Er hatte sich im Nebel verirrt und mußte dort niedergehen. Die Maschine liegt im Wasser. Der Flieger und sein Passagier Bruckmann haben keinen Schaden erlitten.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

„Schaft der Krieg stittliche Werte?“

Der von der „Wiesbadener Gesellschaft der Friedensfreunde“ und der „Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur“ veranstaltete, im vorigen Herbst begonnene Zyklus „Der Krieg“ hat gestern abend mit dem 6. Vortrag in der „Böge Plato“, in dem Professor Weinel (Jena) das Thema „Schaft der Krieg stittliche Werte“ behandelte, seinen Abschluß gefunden. Es muß bei dieser Gelegenheit gesagt werden, daß der Zyklus, nach dem Besuch der einzelnen Vorträge zu schließen, die Erwartungen der Veranstalter nicht ganz erfüllt haben dürfte. Das liegt wohl weniger an der lebhaften Propaganda, welche die Gegner der Friedensbewegung in der letzten Zeit entfaltet (Ihre Vorträge weisen meist einen noch erheblich geringeren Besuch auf) als an der Gleichgültigkeit, mit welcher gegenwärtig das Publikum allen Fragen, die eine ernsthafte Würdigung beanspruchen, gegenübersteht. Der gestrige Vortrag wurde eingeleitet mit einer kurzen Zusammenfassung des Endziels der Friedensfreunde, die ein Verhältnis zwischen den Völkern anstreben, das dem Verhältnis innerhalb eines Volkes gleicht. Die Friedensbewegung versteht nicht die großen stittlichen Werte, die der Krieg schafft, die Tugenden der Tapferkeit, des Heldentums, der Kameradschaft, sie bekämpft aber die Ansicht, daß der Krieg die Grundlage aller Tugendhaftigkeit ist, und die Friedensbewegung eine Bewegung ist für die Schwächlinge und Feiglinge, die den materiellen Vorteil unter allen Umständen wollen. Wenn im Krieg einige Tugenden besonders zum Ausdruck kommen, so erwachen auch — das haben die jüngsten Kriege gezeigt — die brutalsten Instinkte und Leidenschaften. Nicht der Krieg schafft stittliche Werte, sondern diese Werte müssen in dem Volk sein, das in den Krieg geht, und können dort herausgeholt werden. Diese stittlichen Werte können aber nur im Frieden anernogen werden. Das moderne Schlagwort vom Kampf ums Dasein, das überall in der Natur das Grundprinzip für die Entwicklung sei, könne auf den Menschen, der vermöge seiner geistigen Fähigkeiten über dem Organismus steht, nicht angewandt werden. Die Menschen sind imstande, ihr Leben bewußt einzurichten nach dem, was sie für richtig halten. Es soll nicht bestritten werden, daß wir uns gegenwärtig in einer Zeit des Materialismus und der geistigen Trägheit befinden, daß manches besser sein könnte, wie es ist. Man verwechselt aber Ursache und Wirkung. Die moralische Kraft eines Volkes werfe sich bald hierhin und bald dort hin. Wenn wir die Erfolge der letzten Jahrzehnte auf dem Gebiet der Technik und des Verkehrs sowie die großen Erfolge und Organismen betrachten, die sich trotz einer mittel-mäßigen Politik bemerkbar machen konnten, so werden wir die Überzeugung gewinnen, daß wir nicht bloße Materialisten sind. Ob sich die gegenwärtigen Verhältnisse in einem Krieg verbessern würden, sei zum mindesten sehr zweifelhaft. Es sei sehr fraglich, ob sich nach einem unglücklichen Krieg Männer finden, die das Volk emporkühren können. Darum sollten wir nicht klagen, sondern selber, so weit wir können und so viel wir können, arbeiten und das Schlechte hinaus schaffen. Dann werden der Unfriede zwischen den Völkern aufhören und alle die idealen und stittlichen Werte, die wir zur Entwicklung kommen, die angeblich nur der Krieg schafft.

Droht unserer Schularbeit Verdückerung und wie ist ihr zu begegnen?

Dieses Thema behandelte in der Monatsversammlung der „Wiesbadener Lehrerverein“ am 28. Februar Mittel-schullehrer R. Kahlhaas. Zweifelsohne eine aktuelle Frage, mit der sich auch der „Deutsche Lehrertag“ bei seiner Hauptversammlung dieses Jahres in Kiel befaßt wird. In den Fachschriften ist das Thema ebenfalls öfters aufgetreten und vorwiegend theoretisch behandelt worden, während Herr Kahlhaas es nach seiner praktischen Seite beleuchtete. Die interessanten Ausführungen bewegten sich um folgende Kernpunkte: Gefahren der Verdückerung liegen in der vielfach noch mangelnden Sachkenntnis, in dem Zurückdrängen feminin gebildeter Kräfte auf die unteren Aufstiegsinstanzen und in der alleinigen Befragung der höheren Behörden mit juristisch, philologisch und theologisch vorgebildeten Männern. Die Volksschule ist nicht ein Sorgenkind, sondern sie wird vielmehr als eine Polizeieinrichtung zur Übermittlung von hundertlei Verboten und Warnungen, als Strafvollzugsanstalt für allerlei außerhalb ihres Vorkreises geschehenen Vergehen, als das ausführende Organ vieler Wohlthaten und sanitären Veranstaltungen angesehen. Sie ist aber Erziehungsanstalt, daher liegt ihre Hauptaufgabe auf geistigem Gebiet. Eine innere Gefahr liegt in der Einseitigkeit der vielen modernen Bestrebungen. Dahin gehören das Monheimers Schulsystem mit seiner Betonung des Intellektualismus, die Kunstszene mit seiner Betonung des Ästhetischen, die Arbeitsschule mit der Betonung der Produktivität, die Staatsbürgerliche Erziehung mit der einseitigen Hervorhebung der Erziehung des Staatsbürgers. Das Hauptziel lautet: Menschenerziehung. „Erst bist du Mensch!“ forderte Pestalozzi. Diesem Ziel widerspricht aber auch die heutige Bevorzugung der technischen Fächer. Ferner werden die Lehrer der großstädtischen Schulkomplexe durch Bureauarbeiten zu viel ihrem Lehrberuf entzogen, und in den Klassen wird oft zu sehr auf Außerachtlassen hingearbeitet. Die wirklichen Resultate lassen sich aber nicht statistisch, auch nicht genauen, noch paradenmäßig erfassen. Nicht erfolgte eine Untersuchung der einzelnen Unterrichtsfächer auf die Gefahren der Verdückerung. Die Zusammenfassung ergab folgendes Resultat: Ein Aufweckmittel gegen Verdückerung gibt es nicht; die allgemeinen Bestimmungen sind nicht mehr zeitgemäß, gefordert werden mehr Sachkenntnis, methodische und wissenschaftliche Weiterbildung und eine andere Vorbildung. Die erzieherische Persönlichkeit muß sich in fest geordnetem Rahmen frei bewegen können. Im Mittelpunkt des Unterrichts muß die Heimatskunde stehen. Von diesen Erwägungen ausgehend, wird die Schule eine Schule des Volkes sein und dem Ideal der Einheitschule aufsteuern.

